

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Verh. Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
 oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „Skins Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 24. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Zolltarif und industrielle Interessen- gegenläufe.

Bisher sind über den neuen Zolltarif nichts als Vermutungen in die Öffentlichkeit gedrungen: Vermutungen, von denen zwar manche sich auf die in den regierungsfreudigen vorgekommenen Anfragen hervorgetretenen Absichten stützen und sicherlich eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen können, die aber doch der Authentizität entbehren. Nennstich wacht die Regierung darüber, daß über die Anträge der einen Interessentengruppe und ihre Berücksichtigung im Tarif die anderen Interessentengruppen möglichst wenig erfahren; offenbar will man versuchen, die neue Tarifgesetz-Vorlage so lange geheim zu halten, bis ihre Einbringung im Reichstag zur Veröffentlichung zwingt. Die Absicht dieser Geheimnisthramerei ist, das Hervordringen und Auseinanderstoßen der vorhandenen Interessengegenläufe, die nicht nur zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen den einzelnen Industriegruppen, sondern selbst innerhalb derselben Gruppe zwischen den Fabrikanten der Halb- und Fertigfabrikate bestehen, möglichst lange hinauszuschieben. Dann aber scheinen trotz des jahrelangen Herumhantierens im Deutschen Reich, des ewigen Erwiderns und Anfragens bei allen möglichen landwirtschaftlichen und industriellen Interessenverbänden die beteiligten Reichsämter sich immer noch nicht über verschiedene Zollfragen einigen zu können. Die wiederholte Frage, ob das bisherige System beizubehalten oder ob das Doppeltarif-System, die gleichzeitige Aufstellung eines Minimal- und Maximaltarifs, ratsamer sei, ist allerdings, wie verlautet, endlich doch im Sinne der ostelbisch-agrarischen Protokollherren entschieden worden. Das nichts weniger als logische Raisonnement des Hahn-Rösche-Wangenheimischen Trifoliums und der „Kreuz-Zeitung“ scheint wirklich im Reichsamt des Innern einen größeren Erfolg gehabt zu haben als bei gewöhnlichen, normalen Menschenkindern. Wenigstens weiß die „Kreuz-Zeitung“ — und diese Meldung wird von anderer Seite bestätigt — auf Grund zuverlässiger Informationen zu berichten, daß dem Wirtschaftlichen Ausschuss tatsächlich der Zolltarif in Form eines Doppeltarifs, mit einer Maximal- und Minimalruhr, vorgelegt worden ist, und zwar angehängt, weil die Anforderungen der Industrie auf Schutzzölle zum Teil eine fabelhafte Höhe erreichen. Es sollen 1. Maximalzölle bei allen den Staaten zur Anwendung kommen, mit denen keine Vertragsabschlüsse zu Stande kommen; 2. der Minimaltarif mit denjenigen Staaten, mit denen Handelsverträge abgeschlossen werden, und zwar in beiden Fällen, ohne dazu die Zustimmung des Reichstags einzuholen; 3. soll es der Regierung gestattet sein, unter den Minimaltarif herabzugehen, und zwar soll dazu in jedem einzelnen Fall die Zustimmung des Reichstags eingefordert werden.

Ueber die Höhe der wichtigeren Zollsätze fehlt jedoch auch jetzt noch jegliche Nachricht. Indes vermag alles Vertuschen nicht zu verhindern, daß je mehr die einzelnen Interessentengruppen aus den allgemeinen zolltheoretischen Erörterungen heraustreten und sich Spezialfragen zuwenden, desto schärfer die Interessengegenläufe sich geltend machen. Besonders der Gegensatz zwischen den Spinnereien und Webereien in der Textilindustrie spitzt sich immer mehr zu. Während die im „Centralverband deutscher Industrieller“ organisierten Spinner die Garnzölle, um sich der englischen und schweizerischen Konkurrenz zu erwehren, noch erhöht sehen möchten, speciell auf die heute größtenteils aus England eingeführten feindrähtigen Sorten, machen die Besitzer der Webereien mit Recht geltend, daß trotz eines zwanzigjährigen hohen Zollschutzes die deutschen Garnspinnereien nur immer noch ordinäre und mittlere Garne erzeugen, daß heute wie früher, die feineren Sorten aus England und der Schweiz bezogen werden müssen und der hohe Garnzoll eine Belastung der deutschen Webereien darstellt, die ihnen die Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt außerordentlich erschwert. Und tatsächlich sind an der ungünstigen Lage der deutschen Textilindustrie die Garnzölle wesentlich mitschuldig. Dabei hat der Garnzoll der Entwicklung der Spinnerei wenig genützt; er hat zwar zur Ausdehnung der Anlagen, zur Vermehrung der Produktion geführt; aber da die Spinner bei der Erzeugung der zollgeschützten groben und mittleren Sorten gute Geschäfte machten, erfolgte nur ganz vereinzelt ein Uebergang zur Produktion feinerer Garne. Der Zollschutz hat also wohl den Umfang der Produktion erweitert, aber andererseits den Uebergang zur Fabrikation feinerer Sorten gehindert.

Ähnliche Verhältnisse finden wir in den Zweigen der Eisenindustrie; die Interessen der Roheisenproduzenten, der Hersteller von Halb- und Fertigfabrikaten und keineswegs gleichartig. Hat der Produzent des Rohmaterials und des sogenannten Halbzeugs ein Interesse daran, die auswärtige Konkurrenz durch hohe Zölle auf seine Artikel möglichst vermindert zu sehen, so findet umgekehrt der hauptsächlich für fremde Märkte produzierende Fabrikant von Fertigfabrikaten das größte Interesse daran, die von ihm verarbeiteten Roh- und Halbstoffe möglichst billig zu erhalten; denn jede Verteuerung durch Zölle erhöht naturgemäß seine Produktionskosten und vermindert die Exportfähigkeit.

Auch in der Papierindustrie machen sich verschiedene Strömungen geltend. Indes die Papierfabrikanten auf möglichst hohe Erhöhung der Papierzölle hinarbeiten, dringt die Papierbearbeitungs- und verarbeitungs-Industrie, die Duntpapier-, Papeten-, Kartonnagenfabrikation usw., zum großen Teil auf Herabsetzung der heutigen Zollsätze. Recht charakteristisch ist in dieser Hinsicht ein Artikel der „Deutschen Export-Zeitung“, in dem sich der Geschäftsführer der „Vereinigung für die Zollfragen des Papierfachs“, Eugen Hager, gegen die Ansicht wendet, als sei die gesamte Papierindustrie an der Erhöhung der Papierzölle interessiert. Im Gegenteil, die Mehrheit innerhalb der deutschen Papierbranche sei gegen Zollserhöhung und verlange vielmehr Zollermäßigung.

„Presse und Buchdruck, die von der gesamten heimischen Papiererzeugung vielleicht 40-50 Proz. (der Menge, nicht dem Werte nach) absorbieren, sind heutzutage die wichtigsten Kulturmittel und Kulturträger, und gerade diese Kulturwerkzeuge werden verteuert, ihre Verwendung also eingeschränkt werden, d. h. es würde der Ausbreitung der Kultur selbst entgegenge wirkt werden. Darum keine erhöhten Papierzölle! Die erhöhten Papierzölle sind eine Ausgeburt lausmännischer und handelspolitischer Kurzsichtigkeit, sie sind ein Mittel der wirtschaftlichen Vergeudung, sie bedeuten die Verkümmern der Papierbearbeitungs-Industrie und sie sind ein Hemmnis der allgemeinen Kultur.“

Dieser Interessen-Widerspruch in den einzelnen Industriezweigen selbst, wie andererseits die Propaganda der Agrarier für das Doppeltarif-System haben sogar den hochschutzzöllnerischen Centralverband deutscher Industrieller zu Weisheits-Ernahnungen veranlaßt. Er hat durch seinen Geschäftsführer, G. A. Bued, eine Art Gutachten ausarbeiten lassen, das offensichtlich neben andern den Zweck verfolgt, der allzu unterschämten Ueberspannung der Zollforderungen in den Reihen der eigenen Gefolgschaft einen Dämpfer aufzusetzen. Dabei verbreitet sich Herr Bued, der schon bei früherer Gelegenheit eine gewisse Befähigung zum enfaant terrible verraten hat, auch über den Wert der bei der Vorbereitung der Handelsverträge erzielten Zollanträge. Herr Bued führt aus, daß die von den Interessenten der Regierung genannten Zollsätze „in zahlreichen Fällen“ gar nicht das wirkliche Minimum bilden, sondern „höher gegriffen worden sind“. Der einzelne Produzent sei meist nicht in der Lage, die Wirkung des ausländischen Wettbewerbs auf seinen Produktionszweig richtig zu beurteilen. Er sei nur zu sehr geneigt, von seinen speziellen Interessen ausgehend, den Minimalzoll in einer Höhe zu bezeichnen, die „das allgemeine Interesse nicht erfordert“. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Sehr verschieden wird das Urteil über das Minimum des Zollsatzes ausfallen, wenn die Frage nach der Möglichkeit des Wettbewerbs mit der ausländischen Einfuhr und damit des notwendigen Weiterbestandes des betreffenden Produktionszweigs in den Vordergrund gestellt wird. Dabei muß die Tatsache voll zur Geltung kommen, daß in ein und demselben Produktionszweige unter sehr verschiedenen Bedingungen gearbeitet wird und zwar, was hier besonders ins Gewicht fällt, mit verschiedenen Entschädigungskosten und demgemäß mit geringerer oder größerem Nutzen. Doch von diesem Gesichtspunkte aus das Minimum des erforderlichen Zolls sehr verschieden beurteilt wird, ist zweifellos.“

Endlich muß gesagt werden, daß in nicht wenigen Fällen von dem Produzenten absichtlich höhere als die durchaus erforderlichen Minimalzölle als solche angegeben werden. Das ist in der Natur der Sache begründet, erklärlich und erklärbar. Denn das Verlangen, von vornherein den Zollsatz anzugeben, der bei dem Schutz der nationalen Arbeit den geringsten Nutzen läßt, ruft einen scharfen Konflikt mit dem Eigennutz hervor, und es ist entschuldigbar, wenn dieser den Sieg davonträgt.

Die vorstehende Behauptung würde auch nicht so bestimmt aufgestellt werden können, wenn nicht die Erfahrungen während der Verhandlungen über den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrags sie erhärtet hätten. Damals konnten zahlreiche Fälle festgestellt werden, in denen Produzenten die früher von ihnen als absolut für ihren Bestand notwendig geforderten Zollsätze fallen ließen und zum Teil weit niedrigere Sätze als solche anerkannten, mit denen dem ausländischen Wettbewerbs noch begegnet werden könne. Dies geschah aber meistens erst nach äußerstem Drängen im Wege der kontraktlichen, auf der anderen Seite von durchaus sachverständigen Personen geführten Verhandlungen.

Ähnlich war der Vorgang, wenn es sich um russische Konzeptionen handelte. Zunächst wurde das proponierte Zugeständnis für bedeutungslos erklärt, da die Höhe des Zolls jedes Geschäft nach Russland unbedingt ausschließe. Erst wenn die Unterhändler zu erkennen gaben, daß sie unter diesen Umständen, da weiteres nicht zu erreichen sei, bei dieser Position lieber auf jedes Zugeständnis verzichten und dafür bei anderen Zöllen etwas herauszuschlagen suchen würden, gaben die Produzenten zu, daß sie wohl auch bei dem zugestandenen Zolle noch Ausflüchten hätten, Geschäfte nach Russland zu machen, und wünschten, daß man das Zugeständnis festlegen möge.

Wird sonst den in letzter Zeit aus den hochschutzzöllnerischen Lagern ershallenden Ruf nach Zollserhöhungen entgegengehalten, daß die Gesamt-Geschäftslage wie die Ein- und Ausfuhrstatistik die Zwecklosigkeit und Schädlichkeit der betreffenden Forderungen erweise, so wissen die gutbezahlten Vertreter der Fabrikanteninteressen nicht laut genug über die graue Theorie zu spotten und die tiefe, unbestreitbare Sachverständigkeit ihrer Erfahrungen, mitten in der Praxis stehenden Auftraggeber zu preisen. Hier nun wird von einem, der als langjähriger Geschäftsleiter und Unter-

händler des größten deutschen Industriellenverbands es am besten wissen muß, bestätigt, daß den nach Zollserhöhungen schreienden Fabrikanten zumeist die Ueberflucht über die Bedürfnisse ihres eignen Industriezweiges fehlt, daß sie sich bloß von ihrem Eigeninteresse leiten lassen und aus „Eigennutz“ ihre Zollforderungen von vornherein absichtlich zu hoch stellen. Besser als durch diese Ausführungen des Herrn Bued kann der Wert der aus den Kreisen der hochschutzzöllnerischen Industriellen erhobenen Zollanträge und des auf diese Anträge sich stützenden, gegenwärtig dem Wirtschaftlichen Ausschuss vorliegenden Doppeltarifs kaum charakterisiert werden.

Das sind nur erst Vorspiele in dem famosen Kampf um den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit“; das eigentliche Spiel wird erst beginnen, wenn der Zolltarif an den Reichstag gelangt und die verschiedenen Gruppen der Industriellen dann entbeden werden, daß er für sie allerlei niedliche Uebererraschungen birgt und vielleicht, was er auf der einen Seite zugestiftet, auf der anderen Seite durch Verteuerung der Rohmaterialien oder durch Erschwerung der zollamtlichen Abfertigung wieder entzieht. Und daß es an solchen Uebererraschungen nicht fehlen wird, dafür bürgen die spärlichen Enthüllungen, die bisher über die Vorschläge zum neuen deutschen Zolltarif-Gesetz in die Öffentlichkeit gedrungen sind. So scheint thatsächlich die zuerst von unsrem Nürnberger Partei-Organ gebrachte Nachricht, daß die Umhüllungen der eingeführten Waren für zollpflichtig erklärt werden, sich völlig zu befähigen, ebenso wie auch die geplante Aufhebung der zinsfreien Zollkredite. Zwar haben sich mit Ausnahme der Handelskammer zu Sorau, die sich mit der Verzinsung der Zollkredite einverstanden erklärte, sämtliche deutsche Handelskammern gegen diese Maßregel ausgesprochen; doch scheint man bisher den Einsprüchen im Reichsamt des Innern wenig Wert beizumessen. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß endlich auch die freien Industrieverbände sich zu rühren beginnen und sich dem Vorgehen der Handelskammern anschließen. So hat auf seinem jüngsten Verbandstage der Verband deutscher Schokoladenfabrikanten sich gegen die Vorschläge auf Verzollung der Verpackung ausgesprochen; ebenso der Verband der Baumwoll-Webereien und -Wirkerien. Eine Eingabe des letztgenannten Verbands enthält einen Hinweis auf eine Folge der Verzollung der Verpackung, die ganz besondere Beachtung verdient. Bekanntlich geht die Baumwolle zollfrei ein. Es wird nun berechnet, daß für die im Jahre 1899 eingeführten 3307280 Doppelcentner Baumwolle, die, mit Radleinen umhüllt und mit eisernen Reifen zusammengehalten, die Zollgrenze passiert haben, 527168 M. Zoll für die Umhüllungen zu zahlen gewesen wären, sodas während die Ware selbst zollfrei war, die gänzlich wertlose Verpackung über eine halbe Million Mark zu entrichten gehabt hätte.

Vielleicht ist es gar nicht so übel, daß das Agrariertum und gewisse Kreise des industriellen Hochschutzzöllnertums sich nicht entblöden, mit ganz maßlosen Zollforderungen zu kommen. Dadurch werden die vorhandenen Interessengegenläufe noch verschärft.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 23. Oktober.

Die Mysterien der Zuchttauvorlage.

Unser Leipziger Parteiorgan veröffentlicht einen Brief des Geschäftsführers des Centralverbands der Industriellen, der in die Geheimnisse der Zuchttauvorlage mit magischem Lichte hinein leuchtet. Das Dokument lautet:

Centralverband deutscher Industrieller.

Berlin, den 3. August 1898.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12000 M. zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Centralverbands, Herrn Geh. Finanzrat Jenck, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigenartige Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrat Jenck hat für die Firma Krupp 5000 M. zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

H. A. Bued.

Es sei vorweg bemerkt, daß wir nicht den mindesten Zweifel haben, daß der Brief echt ist. Wir haben sogar für die Echtheit bereits eine Art Beweis — einen Beweis des Schweigens; denn während alle bürgerlichen Blätter, selbst konservative, heute abend den Brief abdrucken und Aufklärung fordern, sind gerade die besonderen Organe des Centralverbands vollständig verstummt: die Berliner Neuesten Nachrichten, die „Post“, und die Schweinburgische Korrespondenz, die Berl. Politischen Nacht. Und doch hätte eine telephonische Anfrage bei ihrem Freunde Bued in wenigen Minuten ihnen eine Ablehnung beschafft, wenn diese möglich wäre. Außerdem äußern sich auch einflussreiche, aus sehr begreiflichen Gründen, die agrarischen Organe nicht, die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“.

Wir halten also den Brief für echt, aber für eine Maske. Vergewaltigen wir uns, um über die Bedeutung des Briefs Klar zu werden, die Zeitumstände, in denen er geschrieben.

Am 17. Juni 1897 kündigte der Kaiser in Vieselsfeld zum erstenmal die Zuchtstausvorlage an, indem er die schwerste Strafe dem androhte, der sich unterfände, einen Menschen, der arbeiten wolle, an freiwilliger Arbeit zu hindern.

Am 11. Dezember 1897 kam der vom „Vorwärts“ veröffentlichte Geheimerlaß des Grafen Posadowsky, der Material für die Zuchtstausvorlage herbeizuführen suchte.

Aber die Angelegenheit kam vorerst nicht in Fluß. Da weiß am 3. August 1898 Herr Bued seinen Intimen zu berichten, „das Reichsamt des Innern“ wolle 12000 M. von der Industrie haben, um die Zuchtstausagitation in Gang zu bringen.

Das Geld wurde denn auch gegeben; aber eine Agitation trat äußerlich zunächst nicht in die Erscheinung. Es war ganz im Gegenteil so still, daß die einen Monat später gehaltenen Dönhäuser Rede wie eine Ueberraschung wirkte. Damals kündigte Wilhelm II. bekanntlich an, daß das Gesetz seiner Vollendung nahe, „womit jeder, er möge sein, was er will oder heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollziehen, daran zu hindern versucht, oder gar zum Streit anreizt, mit Zuchtstaus bestraft werden soll.“ Da diese Rede eine sensationelle Aufregung veranlaßte, so erkennt man daraus, wie wenig das Publikum damals durch eine Agitation vorbereitet war; allerdings kann man für 12000 M. nicht viel verlangen.

Was besagt nun der Brief des Herrn Bued, wenn man ihn buchstäblich aufsaßt? „Das Reichsamt des Innern verlangt von der Industrie“ 12000 M., um für ein Gesetz zu Gunsten der Industrie zu agitieren. Wäre dies wirklich geschehen, so wäre damit ein urkundlicher Beweis für eine freilich niemals bezweifelte Tatsache gegeben, daß sich das Reichsamt des Innern mit seiner Zuchtstausvorlage in den Dienst der Interessen der Industrie gestellt hat, und zwar in einer Weise, daß es für diese einseitige Interessenvertretung sogar Gegenleistungen verlangt hat. Das wäre dann ein wertvolles Aktenstück, weil es die sozialdemokratischen Behauptungen über die Abhängigkeit der Regierung von der Großindustrie dokumentarisch beglaubigte. In diesem Verfahren wäre aber auch eine gewisse zarte Rücksichtnahme auf das Volk zu erkennen. Es wäre für das Reichsamt des Innern ein Leichtes, aus irgend welchen Fonds, b. h. aus den Steuermitteln der Arbeiter, eine derartige Agitation gegen die Arbeiter zu bestreiten. Das geschieht ja alle Tage. Wenn nun in diesem Ausnahmefall das Reichsamt des Innern die Interessen selbst zu den Agitationskosten herangezogen haben sollte, so wäre das gegenüber der Vertreibung allgemeiner Steuermittel ein Fortschritt, der allerdings verfassungsmäßig nicht zu rechtfertigen wäre. Auf diesem Wege aber gelangte man schließlich dazu, daß die ganze herrschende Politik, die ja doch nur den Interessen der Besitzenden dient, von den Interessenten bestritten würde: Heer, Flotte, Ministergehälter usw. Heute treibt die Regierung zwar Politik im Interesse der herrschenden Klassen — aber die Kosten bringt sie aus den Taschen der Unterdrückten auf.

Indessen, uns scheint diese wörtliche Auslegung des Briefs unmöglich. Ein Reichsamt will für irgend einen Zweck agitieren. Dann braucht es nicht Privatleute anzubetteln. Es kann das aus eigenen Mitteln, namentlich wenn es die preußischen Fonds mitbenutzt. liegt ihm aber daran, daß private Gelder herangezogen werden. So ist ihm auch das ein Leichtes zu erreichen, ohne daß eine solche kompromittierende Weitelei nötig wäre. Man denke an den Flottenverein, der willig, den Anregungen von oben gemäß, ungeheure Summen aufgebracht hat. Schließlich aber ist auch die lächerliche Witzigkeit der Summe zu bedenken; um lumpiger 12000 M. wendet sich „das Reichsamt des Innern“ gewiß nicht an „die Industrie“.

Auf der andren Seite ist das Verhalten „der Industrie“, der Ton des Bued'schen Schreibens, dieser beleidigend hochfahrende und verächtliche Ton gegen „das Reichsamt des Innern“ ein starkes Argument gegen die wörtliche Deutung des Briefs. Der Centralverband der Scharfmacher verwendet jährlich Hunderttausende zu Zwecken seiner Agitation. Er befolgt Bued und Schweinburg, er hält eine ganze Anzahl großer, aber nicht rentabler

Blätter aus. Warum sollte er untreu sein, wenn ihm die Regierung für lumpige 12000 M. ihre eignen Organe als Agitatoren zur Verfügung stellt! Das wäre doch ein ungeheurer und beinahe wie geschenkter Siebesdienst, über den man nicht unwillig ist.

Und warum erachtet es Krupp aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig, 5000 M. zu bewilligen? Wenn die Industrie sich geweigert hätte, die 12000 M. zu geben, so hätte sich das Reichsamt des Innern eben die Agitation, erspart und wäre nicht weiter unglücklich gewesen.

Man sieht: die wörtliche Auslegung des Briefs führt zu lauter Unmöglichkeiten.

Aber der Brief erhält sofort ein andres Gesicht, wenn man ihn dechiffriert. Das „Reichsamt des Innern“ ist unires Grachtens nur vorgeschoben, um irgend eine nicht verantwortliche, außerhalb der Beamtenenschaft stehende aber einflussreiche Person zu bedecken. Dieser Mensch wendet sich an den Centralverband, weil er für seine persönlichen Zwecke in augenblicklicher Notlage 12000 M. braucht, und als Gegenleistung verspricht er, für die Zuchtstausvorlage zu agitieren — nämlich auf Hintertreppen — macht er sich anheischig, die Sache in Fluß zu bringen, mit Hilfe seiner persönlichen Beziehungen.

„Die Industrie“ ist nichttraulich, sie verachtet den Pumpier, aber sie will ihn doch nicht vor den Kopf stoßen, weil er doch nun einmal Einfluß hat und „der Industrie“ als Agent ihrer Interessen nützliche Dienste verrichtet. So zahlt Krupp widerwillig die 5000 Mark und die andern bewilligen den Rest des „etwas eigentümlichen Verlangens“.

Und der Mensch thut denn auch seine Schuldigkeit, er scheidet seine Hintertreppe: er agitiert in der That für die Zuchtstausvorlage. Und sie kam!

Es ist nun an Herrn Bued, den Namen der Person, die 12000 Mark von „der Industrie“ forderte, der Welt preiszugeben. Dann wird man erfahren, ob in der That für den Preis von 12000 Mark ein Agent der Hintertreppe es unternommen hat, die deutsche Arbeiterchaft der Industrie ans Messer zu liefern. Das wird das deutsche Panama werden!

Die bürgerliche Presse begnügt sich im wesentlichen mit dem Bunde weiterer Aufklärungen:

Die liberale „National-Zeitung“ bemerkt: „Wir würden dieses Schriftstück für eine Fälschung halten, wenn die Erfahrung nicht gelehrt hätte, daß solche Veröffentlichungen der sozialdemokratischen Presse authentisch zu sein pflegen. Nach dem Datum des Schreibens ist es längere Zeit nach dem Posadowsky'schen Rundschreiben vom 11. Dez. 1897 an die Bundesregierung, worin um Bericht über die bei Streiks vorkommenden Ausschreitungen ersucht wurde, und kurz vor der Dönhäuser Rede des Kaisers vom 6. September 1898 ergangen, in der ein Zuchtstausgesetz angekündigt wurde. Wenn der „getretene“ Centralverband sich dem „etwas eigentümlichen Verlangen“ fügte, so ist dies noch weniger ersaunlich, als daß ein solches von dem Reichsamt des Innern erhoben wurde. Das letztere wird nicht umhin können, alsbald über das seltsame Vorkommnis öffentlich Auskunft zu geben.“

Die „Vossische Zeitung“ findet die Mitteilung „verwunderlich“ und das Schreiben „vollkommen unverständlich“:

„Wir halten für ausgeschlossen, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky oder irgend einer seiner Räte ein solches Verlangen, das noch mehr als „eigentümlich“ wäre, an Herrn Bued gestellt habe. Ueber die Frage, ob das Schriftstück echt ist, wird sich Herr Bued sicherlich ohne Säumen äußern.“

Die Berliner „Volkszeitung“ erklärt: „Es ist dringend notwendig, daß der Staatssekretär des Reichsamt des Innern, Graf Posadowsky, sich schleunigst und rückhaltlos äußert, ebenso daß die Herren Bued, Zende und Krupp dies thun. Eine Aufklärung über die Entstehung des Schriftstücks muß erfolgen. Wir stehen ihm mit Mißtrauen gegenüber. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Regierung die Industrie um die lächerlich geringe Summe von 12000 M. angegangen habe. Für Agitationszwecke zu Gunsten der Zuchtstausvorlage standen dem Reichsamt des Innern Mittel und Organe genug zur Verfügung, es brauchte sich also gar nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis von einer einzelnen Interessentengruppe zu begeben.“

Die katholische „Germania“ möchte die Echtheit des Briefs anzweifeln, fährt dann aber fort:

in das oberste Reichsamt und damit wohl auch in die maßgebenden Postreise eingezogen. Vorbei ist es mit der astetischen Frömmigkeit, der sinnfeindlichen Weltflucht, der allzu belleideten Sittenhärtigkeit, der allernueste Kluft steht im Zeichen — Hans Rakarts, des Wälers der Wiener Sinnlichkeit! Das ist die nicht unberächtliche Erkenntnis, die wir dem schmod'schen Schwärmer der Reichsanzlerin verdanken.

Der Portraitaufsaß über die Gattin des Grafen Bälou fängt ziemlich belanglos an. Wir werden in ein Wiener Wohlthätigkeitskonzert geführt, und lernen die Dame als Klavierpielerin kennen; ihr Name und Herkunft wird angegeben: sie ist eine Sizilianerin „Maria Anna Jos. Beccabilli di Bologna aus dem Hause der Principi di Camporeale, Herrin des Marchesates Ataville auf Sizilien“, zu jener Zeit in erster Ehe vermählt mit einem Grafen Dönhoff.

Schmod schwärmt dann eifrig über ihr feenhaftes Klavierpiel, in einem unglücklich komischen Stil:

„Sie hat sich mehrmals öffentlich hören lassen, selbstverständlich nur zu Gunsten irgend einer guten Sache. Wenn die Wohlthätigkeit es gestattet, wenn die Nächstenliebe es gebot, wenn der Zweck die Taster heiligte, dann stieg sie nach der Art dieser vornehmen Damen, von der leuchtigen Caritas sanft genötigt, herab aus ihrer Höhe, um den andren hier unten einiges von ihrer Kunst mitzuteilen.“

Es ist doch etwas Schönes um die Wohlthätigkeit; sie adelt selbst ein so gemeines Instrument wie das Klavier. Wenn Verhöben eine Welt in Tönen aufbaute, wenn eine Clara Schumann die Gedanken der großen Schöpfer auf dem Klavier nachempfand, so thäten sie dies um schönen Lohns willen — es war also ein ganz unstandesmäßiges Gewerbe. Die echte, die edle Kunst, die reine Kunst der Vornehmen, der Contesten und Barone beginnt erst, wo sie zu Gunsten eines Ahls für altersschwache Echokunde oder ähnliche hohe Zwecke der christlichen Liebe gehandhabt wird! Die Philosophie Schmod's über die wahre Kunst!

Wir übergeben die sinnigen Betrachtungen, wie die Reichsanzlerin ihrem Gemahl, der im europäischen Konzert früher gelegentlich den Mann mit der pausierenden Blüte dargestellt hat, durch ihr Klavierpiel „die Geister des Linnats verhauchen“, die Gegenwart der bösen Fee (der Politik) erträglicher machen werde. Der Schluß der Charakteristik aber sei wiederzugeben; denn hier liegt jene Ankündigung der neuen Aera:

„Wunderlich ist es immerhin, wie aus den Fenstern dieses deutschen Amtspalastes italienische Namen hervorfliegen, wie sich im Jüngst eine unsichtbare Fährte zu ziehen scheint von jener etwas bedenklichen Gräfin Campanini zu der geburts- wie geistesleben Prinzessa Camporeale. Dieses ist der eigentliche Familienname der neuen Reichsanzlerin... In Wien schien sich die junge Dame mit unverhohlener Vorliebe in geistig angeregter Umgebung, in künstlerisch bewegter Luft zu gefallen. Der Gesellschaftskreis, der sich eine Zeitlang um Rakart und seine blendende Kunst gebildet

Es wäre allerdings mehr als ein „etwas eigentümliches Verlangen“, wenn „das Reichsamt des Innern“ auch nur den Wunsch geäußert haben sollte, die Großindustriellen sollten eine nicht unerhebliche Summe Geldes zu einer Agitation für die sogenannte Zuchtstausvorlage dem Reichsamt des Innern zur Verfügung stellen. Mit dem Budgetrecht des Reichstags, das die Einnahmen und Ausgaben gesetzlich feststellt und eine Verwendung von privaten Mitteln für öffentliche Zwecke ausschließt, wäre ein solches Vorgehen nicht in Einklang zu bringen.“

Der konservative „Reichsbote“ bemerkt: „Herr Bued spricht hier eine Behauptung in Bezug auf das Reichsamt des Innern bezw. den Staatssekretär Grafen v. Posadowsky aus, die man so lange für eine Mystifikation halten muß, bis die amtliche Aufklärung, die nicht auf sich warten lassen wird, erfolgt ist.“

Deutsches Reich.

Die Diktatur im Elsaß.

Durch Verfügung des Ministeriums für Elsaß-Lothringen auf Grund des § 2 des neuen reichsländischen Strafgesetzes ist die Verbreitung zweier italienischer sozialistischer Zeitungen, des „Avanti“ in Rom und der „Giustizia“ in Reggio Emilia, im Gebiete des Reichslands verboten worden.

In den letzten Jahren sind italienische Arbeiter in großer Zahl nach Elsaß-Lothringen gekommen. Das Unternehmertum mißt sich eifrig um diese billige Arbeitskraft und kennt nur die eine Furcht, daß die elend bezahlten italienischen Arbeiter, zu denen die deutsche Arbeiterpresse nicht dringt, durch das Lesen der heimatischen Blätter zum Bewußtsein ihrer Lage und zum Widerstand gegen allzu bössartige Zumutungen der Kapitalisten erzogen werden könnten. So gering auch die Zahl der in Elsaß-Lothringen verbreiteten Exemplare jener beiden sozialistischen Blätter ist, so unantastbar auch ihr Inhalt gegenüber dem deutschen Strafgesetz, die Beschränkungen der Unternehmer werden von den reichsländischen Behörden geteilt, und flugs wird den tiefgedrückten italienischen Arbeitern die Möglichkeit, sich in ihrer Heimatsprache über ihre politischen und gewerkschaftlichen Interessen zu unterrichten, entzogen. Diese Arbeiter sind willkommen als billige und willige Ausbeutungsobjekte kapitalistischer Bereicherungssucht, doch ihre elementarsten Menschenrechte glaubt man rücksichtslos antasten zu dürfen.

Die Agrarier sind durch das Entgegenkommen, das die Regierung ihnen durch Aufstellung eines Doppeltarifs bewies, unter dessen Minimalsätze nur unter ganz besonderen Umständen herabgegangen werden darf, noch nicht zufrieden gestellt. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt zu den Mitteilungen der „Frankf. Ztg.“, die wir gestern wiedergaben:

„Sollte ein Mindesttarif aufgestellt werden, so würde es selbstverständlich sein, daß der Reichstag durch die Annahme dieses Mindesttarifs die Regierung für alle Fälle ermächtigt hätte, in Handelsvertragsverhandlungen bis zu dem Mindesttarif herabzugehen. Ein weiteres Herabgehen unter den Mindesttarif widerspricht aber dem Wesen dieses Tarifs. Soll die Regierung ermächtigt werden, auch unter diese Höhe herabzugehen, so ist das Prinzip des Mindesttarifs ausgegeben. Die erforderliche Zustimmung des Reichstags ändert daran nichts. Wir würden gegen eine solche Auffassung des Mindesttarifs und gegen eine solche Lösung der Tariffrage die allergeringsten Bedenken haben.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß, daß die Regierung mit Zustimmung des Reichstags unter dem Minimaltarif herabgehen darf, auch wenn die ausdrückliche Festsetzung dieser Regierungsbezugnis im Tarifgesetz nicht getroffen würde. Es ist jedoch dem Agrarierblatt zuwider, daß durch Aufnahme dieser Bestimmung die Notwendigkeit des Herabgehens unter den Minimaltarif von vornherein zugegeben wird. Gewiß ist die Aufstellung eines Mindesttarifs, unter den herabgegangen werden darf, ein logischer Unfug. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ hat nicht das Recht, über diesen Widerspruch zu klagen, denn er ist nur die Folge der agrarischen Unfugigkeit, die dem Auslande einseitig bestimmte Mindestbedingungen aufzulegen will.

Die Ernennung des Herrn v. Nischhofen, des bisherigen Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt zum Staatssekretär ist nunmehr amtlich bekannt gegeben worden.

Schmod und die Reichsanzlerin.

Die Socialdemokratie hat nur ein mäßiges Interesse an dem Persönlichen der höheren Herrschaften. Und nur so weit die Eigentümlichkeiten von Personen politische Besonderheiten zu erklären vermögen, ist sie genötigt, dem Menschlichen Aufmerksamkeit zu schenken. Die Socialdemokratie kämpft um Grundriss, Institutionen, Systeme — das andre ist ihr gleichgültig. Bisweilen freilich möchte eine andre Kampfmethode laiden, deren große Wirksamkeit die Geschichte erwiesen hat. Man hört so mancherlei, dessen Veröffentlichung geeignet wäre, die schimmernden Schleier zu zerreißen, die über der vornehmen Welt des Scheins liegen. Man könnte das System unterwählen, indem man statt die Wahrheit über politische Fragen die Wahrheit über die in der Politik thätigen Menschen diskutiert. Indessen eine Partei, die für Ideen und Ideale streitet, bedarf solcher groben, wenn auch sehr trefflicheren Mittel der Propaganda nicht.

Ganz anders verhält sich die bürgerliche Klasse. Ihr Interesse an großen allgemeinen Fragen ist fast erloschen. Diese Bourgeoisie lebt vom Klatsch und für den Klatsch. Statt den Kultus der Kunst treiben sie den Kult der Künstler, die Verhältnisse der Schauspieler und Schauspielerinnen, die Abenteuer des Kapellmeisters, die Schindeln des Malprofessors fesseln mehr ihre Aufmerksamkeit als die Schöpfungen des Talents. Genau in derselben Weise hat sich das politische Interesse der Bourgeoisie entwickelt. Das Aufblähen der illustrierten Schmod'stischen entspringt dieser Verschmelzung des Besten. Man will wissen, was der Minister für einen Anzug trägt, wie seine Frau aussieht, nach welcher Mode seine Kinder gekleidet sind. Und weiß man gar etwas ganz Privates, völlig Intimes von den Heldengestalten der Staatsverwaltung, so befindet man sich im Zustand höchster Glückseligkeit; allerdings pflegt solche Wissenschaft nicht den Weg in die sorgsam vor jeder Verunreinigung mit brutalen Wahrheiten behüteten Stätten der photographisch-neutralen Meinungs-macherei zu finden.

Gerade im Augenblick beweist Schmod wieder sein wunderbares Verständnis für den Geschmack des Publikums. An dem ganzen reichsdeutschen Kanzlerwechsel interessiert ihn nur — die Frau des Reichsanzlers, „die Reichsanzlerin“ — ihr widmet im Stille läppischer Himmelei ein Feuilletonist der „Neuen Freien Presse“ sacharinhaltige Betrachtungen, und die Berliner Presse vom Anzeiger Scherl bis zur „Post“ und „Vossin“ druden sie eifrig ab.

Aber diesmal hat Schmod, vielleicht ohne Abficht, den zudeigen Klatsch beinahe zur Höhe politisch-kulturhistorischer Bedeutung erhoben; denn er hat, wenn seine Andeutungen ausgedacht werden, nichts weniger leisten wollen, als den Wendel führen, daß der Kanzlerwechsel doch eine neue Aera für das herrschende System bedeutet, und zwar nicht wegen der Person des Grafen Bälou, sondern eben wegen der — Reichsanzlerin: Ein neuer Geist ist

hätte, war ihr Element, und sie fehlte nicht bei den glanzvollen Kostümadenden, mit welchen der Künstler den Farbenrausch entschwindender Tage frisch herbeizugaubern und zwischen den vier Wänden seiner Werkstatt für die Dauer einiger Stunden festzuhalten versuchte. Ein dunkler Rembrandt mit nickenden Federn war ein trefflicher Rahmen für das Gesicht dieser Italienerin und seine hohen Farbentöne. Ohne Zweifel ist ihr Profil auch auf Rakarts „Ginzug Karls V.“ zu finden. Man weiß ja, daß das Bild die Porträts vieler Wienerinnen enthält. Es ist, in eine vergangene Zeit versetzt, in die echte Malart-Zeit übertragen, das beste Konterfei Wiens, wie es damals war, sagen wir, wie es sein wollte, schwebend in Schnjucht nach Licht und Farbe, trunken schon von Verlangen nach einer Kunst, deren Höchstes leider unerreicht blieb, deren Abgang wie Meerleuchten Wunder verpacht, aber auch wie der aus dem leuchtenden Meere geschöpfte Phosphorschein zwischen den Fingern verblüht.“

So entzückt sich Schmod an seinen Erinnerungen aus der Malart-Zeit der Reichsanzlerin, ruft zugleich bei seinen unterrichteten Lesern jene zahlreichen, in Malart'schen Farbenfeuer gestauten Schilderungen der Hofmuffete ins Gedächtnis, bei denen die Sizilianerin mitgewirkt, und stellt die Gemälde des Wiener Meisters, die von den Frommen mit widdesten Füßchen verfolgt wurden und werden, lebendig vor das Auge.

Wir sind keine Freunde Malart'scher Kunst. Ihre Sinnlichkeit ist hohl. Ihre orgiastische Lebensfreude ist unattraktiv — sie wirkt nicht selten wie geschminkte Verwulstung. Dennoch aber weht aus ihnen ein Hauch freien Lebens und irdischer Schönheit, und wenn jost im Kreise des höchsten deutschen Beamten Malart herrscht, so ist das ein nicht unerschütterlicher Fortschritt gegenüber der düsteren Mudelei, die wir bisher für die herrschende Mode des höheren Geistes halten mußten.

In uns aber regt Schmod noch andre Erinnerungen an, die gar nicht so weit zurückliegen. Wir denken daran, wie eben erst derselbe Graf Bälou, der Malart'sche Stimmungen im Hause birgt, mitverantwortlich jene Iox Heinz vertreten hat, die unter allen Kunstwerken keine mit größerer Schärfe verfolgt haben würde, wie die Hans Rakarts, dieses Fanatikers der Entleerung.

Und noch eines andern gedenken wir: Wie mag sich die Gesellschaft, die sich um den Freiherrn v. Ribbach gruppiert, jene frommen Herren und Damen, die abwechselnd den „Reichsboten“ und das „Kleine Journal“ lesen, die alle nackte Kunst verabscheuen und am liebsten in härenem Gewande gen Jerusalem pilgern — wie mag dieser Hofgesellschaft der Einbruch des sinnentfrorenen Kunstidentums in das Reichsanzlerpalais befallen! Sind das nicht zwei Welten, die unerschöpflich gegen einander kaffen? Steht nicht darin etwa der Keim einer neuen Kanzlerkrise?

Schmod hat uns, wie man sieht, mit seinen äppig rankenden Erinnerungen ein schwer erklärliches Problem aufgegeben... Wie wird dieser Malart'sche enden?

Vom neuen Reichsetat für 1901 beginnt bereits einiges durchzuliegen. Dem Bundesrat sind einige Teile desselben zugegangen. Die Ansätze des Etats für das Reichs-Eisenbahnamt und für die Reichs-Justizverwaltung zeigen keine wesentliche Änderung im Vergleich zum Jahre 1900. Bei den Stempelabgaben zeigt der Vorschlag für Spielkartenstempel und Wechselstempelsteuer ebenfalls keine wesentlichen Unterschiede. Dagegen ist die Stempelabgabe für Wertpapiere, Kaufgeschäfte, Lotterielose und Schiffsfraht-Urkunden, die im Etat für 1900 auf 53 708 000 M. angesetzt war, für das Jahr 1901 auf 100 170 000 M. veranschlagt in Rücksicht auf den Mehrertrag, der infolge der am 1. Juli 1900 eingetretenen Änderung der Abgabensätze zu erwarten ist. Die Einnahmen an Zölle, Verbrauchssteuern und Akzisen sind auf 810 330 850 M. veranschlagt, d. h. 20 608 850 M. mehr als für das Jahr 1900. —

Wojen, 22. Oktober. (Fig. Ver.) Herr v. Stillingen, der kommandierende General des fünften Armeekorps, hat wiederum einen **Corpswunsch** erlassen. Diesmal handelt es sich nicht um den Heiratsbonus für Unteroffiziere, sondern um eine Kriegessteuer des 5. Armeekorps für die Hunnenkrieger. Es wird gewünscht, daß die Mannschaften und Unteroffiziere je 20 Pf. die Offiziere 3 M. bis herab zu 1 M. zahlen sollen, als Weihnachtsgabe für die ostasiatischen Truppen. Die zusammengekauften Summe soll bis jetzt nach den uns zugegangenen Mitteilungen etwa 14 000 M. betragen. Wird Herr v. Stillingen, der nach der Veröffentlichung seines früheren Corpswunsches drei verschiednen lautende Dementis gegeben hatte, auch diesmal dementieren? —

Die Aufhebung des Jesuitengesehes kündigt die „Tägliche Rundschau“ an.
Wägen sie hereinkommen — wenn wir nur dafür das Centrum loswürden! —

Neue „Judenengenossen“.

Aus Hessen schreibt man uns: Vor kurzen brachte der „Vorwärts“ erst eine humoristische Stilprobe des Reichstags- und Landtagsabgeordneten Köhler, als er dessen fulminante Einladung zu der „großen“ Demonstration für die Königin von Holland zum Abdruck brachte. Von dem Erfolg dieser Prachtleistung hat man nichts gehört, selbst die eignen Parteiblätter des „Kufers im Streit“ schwiegen sich über dieselbe aus. Aber Herr Köhler versteht noch mehr, er kann sogar der heftigen Regierung geschäftlich werden, wie man aus nachstehendem vor einiger Zeit veröffentlichten Aufsatz erkennen kann! Der genannte Herr, der neben seinen parlamentarischen Ehrenämtern auch noch die Würde eines Bürgermeisters trägt, läßt sich nämlich wie folgt vernehmen:

Antisemiten, Achtung!

In dem neuesten Jahrgang des Hessischen Landkalenders befindet sich eine Verherrlichung des französischen Juden-Triumphators Drehs-Jola-Labori.

Antisemiten von Hessen! Es bedeutet diese Verherrlichung des französischen vaterlandverräterischen Juden-Triumphators Drehs-Jola-Labori eine ganz bedeutende Unfug und eine Anmaßung sondergleichen. Denn sie erfolgt im Großherzoglichen Staatsverlag, also unter der Regide einer Staatsverwaltung, deren Bürger der überwiegenden Mehrzahl nach antisemitischer Gesinnung sind. Aber es ist dies dasselbe Lied, das die amtliche „Darmst. Ztg.“ nun seit Jahren schon, dem Darmstädter Juden-Großmogul zuleibe — singt. Wir waren feilher dieser Unverschämtheit, dieser schweren und fortgesetzten Beleidigung unserer Ueberzeugung durch das amtliche Organ gegenüber nur zu gut mäßig. Lassen wir das jetzt! Der nächste Landtag und die Verwaltung des Staatsverlags werden uns geküßelt sehen, und die großherzogliche Regierung wird unsere Meinung hören über das Unschickliche, das sie zu geschehen zuließ. Antisemiten! Thut Ihr daselbst und gebt auch demjenigen die richtige Antwort, der Euch den Kalender für Bureaucraten und Juden, den Hessischen Landkalender anbietet.

So Herr Köhler im Namen der antisemitischen Abgeordneten des Hessischen Landtags. Wenn es nun bei der nächsten Tagung des Hessischen Parlaments keinen Ministersturz giebt!... Es ist nur gut, daß Herr Köhler die Minister lange vorher auf das Schredliche vorbereitet hat, daß sie ihm noch rechtzeitig aus dem Wege gehen können. Vielleicht hat aber der Appell des Herrn Köhler an seine Gesinnungsgenossen zur Wahrung des Regierungskalenders die gute Folge, daß der demnächst zur Verteilung gelangende sozialdemokratische Agitationskalender um so größere Beachtung findet. —

Ergänzlich ist die Maflosigkeit des Schmotts im Kreise Dohum über die Heftigkeiten des „Vorwärts“ in Bezug auf die der Bevölkerung angebotene Chinarmittel-Verseinerung. Sie hielten sich wohlwollend, auf die angeführten Thatsachen einzugehen, um aber zu zeigen, daß sie noch da sind, druden sie die Ausführungen betreffend die Chinastimmung in der „Dohumer Harmonie“ ab und knipfen daran die verwunderliche Frage: Hat der „Vorwärts“ denn unter der Harmonie-Gesellschaft auch schon Gewährsmänner? — Die Wichtigkeit der Meldung wird gar nicht bezweifelt, gilt als selbstverständlich und über die Quelle des „Vorwärts“ zerbricht man sich den Kopf. — Für uns hätte es solcher Bestätigung unsrer Mitteilung nicht bedurft, wollen dieselbe aber zur gehörenden Ehre des Schmotts registrieren und diesen Eraven für ihren Dienst verraten, daß man in den erwähnten Kreisen auf das „persönliche Regiment“ als Ursache des Chinarmittels mindestens ebenso schlecht zu sprechen ist, wie auf den Chinarmittel selbst.

Es schreiben heute sehr viele Leute öffentlich Hurra, sie schreiben aber nicht auf Begeisterung, heimlich kriechen sie mit den Zähnen. —

Nationalliberale Wahlrecht-Verfälscherer. Wie das „Offenbacher Abendblatt“ berichtet, hat sich der Syndikus der Handelskammer zu Offenbach, Herr Schloßmacher, auf dem Hessischen Handelskammertage in Mainz dahin ausgelassen, als das Wahlrecht zur Handelskammer festgelegt werden sollte, daß er, wenn es politisch notwendig sei, für die Abschaffung des gleichen direkten Reichstagswahlrechts zu haben sei. In Konsequenz dieser Ansicht trat er dann für ein Dreiklassenwahlrecht zur Handelskammer ein, mußte aber den Schmerz erleben, daß diese einen dahingehenden Antrag ablehnte. Ob es dieser Herr noch einmal wagen wird, wie im Jahre 1898 als Reichstagskandidat aufzutreten? Seine in Mainz proklamirten Grundzüge würden geeignet sein, ihm einen ganz besonders freundlichen Empfang bei der Wehrheit der Wähler zu sichern. Die „politische Notwendigkeit“ seines Durchfalls würde ihm sicher noch etwas deutlicher als bei der letzten Wahl plausibel gemacht werden. —

Agarische Wünsche. München, 22. Oktober. (Fig. Ver.) Die bayerische Regierung und der Landtag haben bisher gegenüber den Anforderungen der Landwirtschaft eine Nachgiebigkeit gezeigt, die der Herren Bauern Begehrtheit immer mehr steigert. So soll sich der Centrums-Abgeordnete Dr. Hauber jetzt gar mit der Absicht tragen, im nächsten Landtage einen Antrag einzubringen, nach dem ländlichen Diensthöten nach 5-jähriger ununterbrochener Dienstzeit eine Prämie von 250 M., nach zehn Jahren eine solche von 500 M. und nach 20 Jahren 1000 M. zu zahlen ist, natürlich aus dem Staatsfäckel! Die Steuerzahler sollen also nicht nur durch die Kornzölle geschröpft werden, sondern außerdem will man von ihnen noch einen Extrabeitrag zur Löhnung der Diensthöten haben. —

Ein Socialistenverfolger. Der Oberstaatsanwalt Boytsch in Raumburg, der diesen Posten seit dem Jahre 1897 am Oberlandesgericht in Raumburg bekleidet, ist, wie wir bereits kurz mitgeteilt, am 18. Oktober im Alter von 62 Jahren gestorben. Das „Hamb. Echo“ widmet ihm folgenden Nachruf: Mit ihm ist einer jener Leute dahingegangen, deren Devise lautete: Karriere um jeden Preis, mögen die angewandten Mittel auch noch so verpönt sein bei aufrichtigen Männern von Ueberzeugung, Wohlthätigkeit, was heutzutage ja nicht sehr selten ist, den Kampf gegen den Unsturz als Wais zum weiteren Vorwärtsschreiten. 1878 war er Staatsanwalt in Halle. Als damals die „Freie Presse für Halle“ als Kopfblatz der „Magdeburger Freien Presse“ errichtet, machte der strebsame Staatsanwalt, der eine feine Bitterung dafür hatte, wie der Wind in den höheren Regionen wehte, dem socialdemokratischen Blatte recht bald den Garaus. Er beschlagnahmte einfach jede erscheinende Nummer und ließ die Redacteurs verhaften. Als sich dieses Spiel fünfmal wiederholt hatte, mußte die „Freie Presse für Halle“ in Leipzig gedruckt werden, dessen damaliges Presbeseß der strebsame Staatsanwalt ein Ziel setzte. Der Lohn für diese Thätigkeit blieb natürlich nicht aus. 1897 hatte der skrupellose Socialistenverfolger sich glücklich zum Oberstaatsanwalt in Raumburg hinaufgestreckt.

Recht bald machten sich denn auch hier die Spuren seiner Thätigkeit, namentlich für die im Sprengel des Oberlandesgerichts Raumburg erscheinenden Parteizeitungen bemerkbar. Unter seiner Amtstätigkeit wurden die Groben Unfugs- und Kollektenprozesse eingeleitet, die dem Oberlandesgericht Raumburg zu dem Ruhm verholfen haben, mit diesen Maßnahmen beinahe einzig in der deutschen Rechtsprechung dazustehen. Das ominöse „Zugzwanghalten“ mußte aus den Spalten der socialistischen Presse, die das Glück hat, im Bereich des Oberlandesgerichts Raumburg zu erscheinen, verschwinden, und Geld- und Haftstrafen waren die Sühne für das begangene Verbrechen, das in andren Oberlandesgerichts-Bezirken ungestraft verübt werden darf. Durch die Art der Begründung der Strafbarkeit dieses Zugzwangs hat sich das Raumburger Oberlandesgericht ein dauerndes Denkmal in der Rechtsprechung gegen die socialistische Partei und ihre Presse gesetzt. Die Jagd auf die „Postillons“-Witze, wobei die „Thüringer Tribüne“, das „Hollener Volksblatt“ und die „Volksstimme“ in Mitleidenschaft gezogen wurden, dürfte wohl ebenfalls noch auf die Initiative des Herrn Wohlthätig zurückzuführen sein. Vielleicht war es sein letztes Werk, diese Verfolgungen einzuleiten. Der Raumburger Oberstaatsanwalt begnügte sich aber nicht damit, möglichst viele socialdemokratische Redacteurs in s Gefängnis zu bringen, er war auch bemüht, den inhaftirten Redacteurs den Aufenthalt im Gefängnis so unangenehm wie möglich zu machen. Unter seinem Regime wurde Genosse Schulz in Erfurt bei einer zweimonatlichen Gefängnisstrafe mit Erbseisen beschäftigt und dem Genossen Müller-Ragdeburg entzog er die Selbstbeschäftigung, welche dieser schon fünf Monate befehlen hatte, unter der fadenheimgigen Begründung, Genosse Müller sei nicht Leiter der „Volksstimme“ gewesen, außerdem sei es ja auch bekannt, daß die Gelder, womit die Selbstbeschäftigung bezahlt wird, durch Sammlungen (!) aufgebracht würden. Herr Wohlthätig war es auch, der im Jahre 1898 unserem Genossen Weismann, als dieser wegen verschiedener Prebendste sechs Monate Gefängnis zu verbüßen hatte, ohne jede Veranlassung die Selbstbeschäftigung entzog und Weismann dadurch zwang, da er doch einmal arbeiten mußte, Rogellähne aus Draht anzufertigen. Bei solchen Leistungen stand dem Völen, dessen Wirksamkeit verständnisvolle Unterstützung beim Oberlandesgericht Raumburg fand, noch eine glänzende Carriere bevor. Nun hat ihr der Tod ein Ziel gesetzt.

Gegen den Dircenbrief. Die „Christliche Textilarbeiter-Gewerkschaft für das Altbthal“ nahm nach einer Besprechung des Fuldaer Rundschreibens und des Begleitschreibens des Freiburger Erzbischofs einstimmig eine Resolution an, in der es heißt: Wir beanspruchen für die Arbeiter dieselbe Freiheit und Unabhängigkeit in der Wahrung und Vertretung ihrer Standesinteressen, wie sie von kirchlicher Seite allen andren Berufsständen ungeschmäler eingeräumt und von diesen thatsächlich auch in Anspruch genommen wird; denn die katholischen Angehörigen des Arbeiterstands verdienen in dieser Beziehung nicht weniger Vertrauen als ihre Glaubensgenossen und Mitbürger in andren Ständen. — Auch die vereinigten Vorstände der christlichen Gewerkschaften in Rauhheim und Freiburg haben sich gegen den Freiburger Erlass gewandt. —

Ausland.

Frankreich.

Eine bedeutsame Reform.

Der jetzige Kriegsminister André geht mit großem Eifer daran, mit den alten verpönten militärischen Einrichtungen gründlich aufzuräumen. Die „La France militaire“ erzählt, hat der Kriegsminister einen Gesetzentwurf über die Reform der Kriegesgerichte fertiggestellt. Das Hauptmerkmal der geplanten Reform sei, daß in Friedenszeiten die militärischen Richter durch **Civilrichter** ersetzt werden sollen. —

Picquart, der Offizier, der im Drehs-Jola-Prozess eine so hervorragende Rolle spielte, wurde bekanntlich durch das Urteil eines Militärgerichts aus der Offiziersliste gestrichen. Dies Urteil ist nach dem „Gaulois“ als ungesetzlich annullirt worden; Picquart werde jedoch vor ein neues Disciplinargericht gestellt werden. —

Spanien.

Madrid, 22. Oktober. Der Unterstaatssekretär des Innern, der Präfect und der Bürgermeister von Madrid und die Präfecten mehrerer Departements haben demissionirt. Es wird erwogen, die Garnison zu konfignieren. Bis jetzt ist die Ordnung nicht gestört worden. —

Serbien.

Sofia, 23. Oktober. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches die **Sobranje** auf den 28. Oktober einberufen wird. —

Asien.

Die amerikanischen Civilisatoren auf den Philippinen. Der „Dongkong Daily Press“ wurden Mitte September aus Manila über Grausamkeiten berichtet, die einheimische, im Dienste der Amerikaner stehende Truppen mit Vorwissen ihrer amerikanischen Offiziere begangen haben. Da ist zunächst die sogenannte „Wasserkur“, eine sehr beliebte Art der Folter. Der Gefangene wird dabei an Armen und Beinen gebunden, worauf man ihm einen Stock oder einen Gewehrknopf quer vor den Mund hält, so daß er ihn nicht schlucken kann. Dann wird dem unglücklichen Wasser eingegossen, das er wohl oder übel schlucken muß. Damit fahrt man so lange fort, bis das Opfer es nicht mehr anhalten kann und alle Angaben macht, die von ihm verlangt werden. Eine andre Art, die Gefangenen zu quälen, ist die, daß man sie zum Schein aufhängt, bis sie beinahe erstickt sind. Bei einer solchen Gelegenheit soll sogar, wie die genannte Zeitung besanpriet, ein Offizier zugegen gewesen sein. Dieser war so erbittert über die fortgesetzte Weigerung von zwei Gefangenen, den Verstand von Waffen anzugeben, daß er beschloß, sie aufzuhängen, und zwar an einem Galgen, der schon für eine wirkliche Hinrichtung fertiggestellt war. Der eine Gefangene wurde also vor den Augen seines Kameraden aufgehängt und dann wie tot herabgelassen. Hierdurch wurde der zweite Gefangene so eingeschüchert, daß er versprach, die Amerikaner an den Ort zu geleiten, wo die Waffen verborgen waren. Zwei Offiziere, deren Namen die Zeitung angiebt, sind bereits wegen solcher Unthaten ihrer Untergebenen bestraft worden, aber nur sehr gelinde, weshalb das Beispiel in keiner Weise abschreckend wirken kann. — Man sieht, die amerikanischen Kulturträger sichten den europäischen in nichts nach. —

Afrika.

Präsident Krüger ist doch nicht in aller Stille von Dourenco Marques abgereist. Die Vertreter der fremden Staaten, mit Ausnahme natürlich desjenigen Englands, gingen an Bord der „Gelberland“, um Abschied von Krüger zu nehmen. Dagegen wird der besetzte Boerenführer in Europa mit sehr gemischten Gefühlen erwartet. Wohl bedauert man in Europa allgemein die Niederlage der Boeren, aber mit England möchte es doch keiner der Staaten verderben. So berichten die „Times“ aus Brüssel, die belgische Regierung habe

Dr. Lehds mitgeteilt, daß sie einen längeren Aufenthalt des Präsidenten Krüger in Belgien nicht gern sehen würde, da dessen Anwesenheit zu englisch-feindlichen Stimmungsbildungen Anlaß geben würde, welche die belgische Regierung nicht dulden könne. —

Partei-Nachrichten.

Die Verweigerung der Stadthalle in Ebersfeld zur Verwendung für unre Parteizwecke wird von allen rechtlich Denkenden als eine recht kleinliche, gehässige Maßnahme der städtischen Verwaltung empfunden. Der f. B. gewählte Bürgerausschuß, dem die Aufgabe zufiel, mit allen Mitteln dafür zu streben, daß die Stadthalle allen politischen Parteien geöffnet werde, hat beschlossen, einstweilen von der Beschreitung des Abweges abzusehen; auch soll der „Socialdemokratische Volksverein“ seinen Beitrag von 2000 M. nicht zurückverlangen. Dagegen wurde entsprechend der von der großen Bürgerversammlung angenommenen Resolution beschlossen, die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, das demnächst auf Grund des neuen Gemeinde-Wahlgesetzes zu erlassende Reglement für die Stadtverordnetenwahlen mit Rücksicht auf die weniger bemittelten Bürger so günstig zu gestalten, als dies nach den in Betracht kommenden Gesetzen zulässig ist. — Daß nach der Richtung Erfolge zu erwarten sind, ist wohl kaum anzunehmen.

Bei der Gemeinderatswahl in Kaditz (Sachsen) wurden für die Anonassigen die Genossen Wolf und Hofmann mit je 74 Stimmen gewählt. Von 232 eingetragenem Wählern machten nur 96 von ihrem Recht Gebrauch.

Die Solinger Parteigenossen beschlossen das Vertrauensmänner-System aufzuheben und die socialdemokratischen Vereine zum Träger der Parteibewegung zu machen. Die Kuffstellung eines Arbeitsprogramms zc. bleibt den einzelnen Vereinen überlassen. Der Posten des Kreisvertrauensmanns bleibt bestehen. Die Diskussion über die Presse zeigte, daß man mit der bisherigen Entwicklung der „Vergessenen Arbeiterstimme“ zufrieden sei, obwohl wie im Verhältnis zur Wählerzahl doppelt so viel Abonnenten haben müßten. Innerhalb Jahresfrist hat die „Arbeiterstimme“ ca. 1200 Abonnenten gewonnen. Mit der redaktionellen Leitung des Blatts waren die Genossen zufrieden. Ferner wurde beschlossen, in dem vom Centrum beherrschten unteren Kreis Solingen in nächster Zeit eine regere Agitation zu entfalten.

Totalliste der Partei. In Königsberg starb in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der Maurer August Haugwitz. Haugwitz hat sowohl in der Partei als auch in der Gewerkschaftsbewegung stets seine volle Pflicht gethan. In den letzten 2 Jahren war h. andauernd krank und erwerbsunfähig; er betrachtete den Tod als eine Erlösung.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

Die Verordnung über die Sonntagsruhe in Mecklenburg bildete wieder einmal bei der Verbreitung dieses Hofischer Partei-Organs eine Rolle. Vor dem Ribniger Schöffengericht hatten sich einige Parteifreunde zu verantworten, weil sie eines Sonntags einige Exemplare der „Mecklenburgischen Volks-Zeitung“ verbreitet hatten. Die Angeklagten beriefen sich darauf, daß der Reichstag seiner Zeit im Postgesetz ausdrücklich die Bestimmung getroffen hat, besonders in Rücksicht auf die Nachspechung in Mecklenburg, daß die Verbreitung der Zeitung auch an Sonntagen erlaubt wird. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu 6 M. Strafe, da es annahm, die Verbreitung geschehe, um Bestellungen für die Zeitung entgegen zu nehmen. Durch das Postgesetz sei nur die Verbreitung an die Abonnenten der Zeitung freigegeben. — Die Entscheidung wird in zweiter Instanz angefochten werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der nördlichen städtischen Mieselfelder haben in den letzten Wochen mehrere Versammlungen abgehalten, in denen sie sich mit ihrer Lage und der Organisationsfrage beschäftigten. Es wurde allgemein betont, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mieselfelder, Freiarbeiter, Deputaten zc. auf den Berliner städtischen Mieselfeldern sehr verbesserungsbedürftig sind und gegenwärtig auf demselben vielfach Zustände herrschen, die lebhaft an die Gesilde unzer Schiebier erinnern. Besonders lagte man über die Willkürhaftigkeit vieler aufsichtführender Organe. Da alle bisherigen Versuche durch Eingaben und Petitionen, eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen, vergebens waren, man nicht einmal Antwort auf dieselben erhielt, beschlossen die Versammelten dem Verbands der Gemeinde-Arbeiter beizutreten und für die nördlichen Mieselfelder eine besondere Filiale desselben ins Leben zu rufen.

Über 100 Mann schlossen sich bereits der genannten Organisation an. Auch für die südlichen Mieselfelder sollen demnächst Versammlungen stattfinden.

Achtung, Schutzmacher! Die Sperre bei der Firma Kerwien, Garninstr. 52, wird hierdurch aufgehoben, da die Forderungen der Arbeiter bewilligt sind.
Die Ortsverwaltung.

Zu der Buchdruckerei von Häbringer (Inhaber Silberer), Maurerstr. 88, legten gestern sämliche Arbeiter und Arbeiterinnen (26 Buchdrucker, 1 Stereotypsetzer, 4 Hilfsarbeiter und 8 Hilfsarbeiterinnen) wegen fortgesetzter Entlassungen von Verbandmitgliedern und Einstellung von Gutenbergbildnern die Arbeit nieder.

Deutsches Reich.

Am Zustand der Leipziger Töpfer sind 80 Prozent der im Beruf Beschäftigten beteiligt. Weitere 10 Prozent haben ihre Arbeit noch fertig zu stellen, während der Rest aus solchen Arbeitern besteht, die den Streikenden mehr oder weniger Hindernisse in den Weg legen.

Humorvoll wirkte es, daß einige Leute versuchten eine Versammlung der Arbeitswilligen einzuberufen. Da aber nur 12 Mann erschienen, gingen die Braven unverrichteter Sache wieder heim.

Die Tarifverhandlungen der Buchbinder sollen nunmehr zum Abschluß gekommen sein. Die Buchbinderbestitzer in Leipzig hielten eine Versammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die beiderseitigen Kommissionen bereits am 19. Oktober in einer gemeinsamen Sitzung zu einer Einigung gekommen seien. Die Arbeitszeit soll eine 5 1/2-stündige sein, unter Wegfall der Vesperpause am Sonnabendnachmittag. Forderungenanträge sollen mindestens drei Monate vor Ablauf des Tarifs eingebracht werden, andernfalls behält der Tarif auf ein weiteres Jahr Gültigkeit. Der neue Tarif soll am 1. November eingeführt werden.

Ein Partei- und Gewerkschaftshaus haben sich die Düsseldorfener Genossen eingerichtet. Das Gebäude fahrt große Säle und Räume für Wohnung des Wirts, sowie für eine große Herberge. Früher befand sich dort ein Kaufhaus. Das Etablissement ist schon renovirt und am verflochtenen Sonntag mit einer großen Versammlung und abends Festlichkeit dem Betrieb übergeben worden. Da die hiesigen Genossen bisher sehr an Lokalmangel litten, wohl einen großen Saal hatten, der aber an der äußeren Peripherie der Stadt lag, so muß das neue Versammlungshaus, zumal es im Centrum der Stadt auf verkehrsreichster Straße liegt, als ein sehr großer Fortschritt für die hiesige Bewegung angesehen werden. Wir haben hier nun unser eignes großes Heim, unabhängig von den Launen eines Wirts und gefreit gegen die Intriguen unzer Gegner. Auch von keiner Brauerei ist das Unternehmen abhängig, Kapitalien sind genug vorhanden, das Unternehmen zum Wohl der Arbeiterbewegung lebensfähig zu erhalten.

Zu der Uhrgehäusefabrik von Rohland u. Pohlman in Krimmitschau sind Differenzen ausgebrochen, weil den Kollierern die Preise gekürzt werden und sie den Spiritus künftig selbst bezahlen sollen. — Kollierer werden gebeten, vorläufig Krimmitschau zu meiden.

Knappschäfts-Keltesien-Wahlen im Ruhrbezirk. In den acht neugebildeten Knappschäfts-Sprengeln der Bochumer Knappschäfts-Kasse fanden am Sonntag die Wahlen statt. In Betracht kamen 14 Keltesien; davon wurden 10 Oppositionelle, 1 Pole und 3 Repräsentanten gewählt. Die Oppositionellen sind nach gemeinschaftlicher Vereinbarung und auf Grund eines gemeinschaftlichen Flugblatts des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Berbands und des christlichen Gewerkschafts gewählt worden. So die Mitglieder beider Vereine in beständiger Fühlung miteinander geblieben sind, kamen die Kandidaten glatt durch. Anders aber in zwei Ruhrbezirken, wo der fanatische Ultramontanismus dominiert und die Mitglieder des christlichen Gewerkschafts höchstwahrscheinlich unter dem Einfluß einiger „Heckpläne“ sich nicht um die Verabredung kümmern, sondern eigenmächtig vorgingen und dadurch Rechenkandidaten zum Siege verhalfen.

Textilarbeiter-Streit. Die Arbeiter der Firma Schopen und ter Meer, mechanische Weberei in Hülfs bei Krefeld, sind in den Ausstand getreten. Ohne weiteres hatte die Firma eine Lohnreduzierung um 25 Proz. vorgenommen. Die Vermittlungsversuche waren sämtlich erfolglos.

Wier Anklagen gegen streikende Arbeiter, die am Tischlerstreik in München teilgenommen hatten, hatte die dortige Staatsanwaltschaft zuwege gebracht. Sämtliche Angeklagten sollten „Arbeitswillige“ bedroht haben, und waren damit wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung unter Anklage gestellt. Zwei von den Liebeshütern wurden freigesprochen, von den beiden anderen der eine zu acht Tagen und der andre zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung gegen den einen Angeklagten entstand ein kleiner Konflikt zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger Dr. Bernheim. Der Anwalt hatte gegen einen Angeklagten 14 Tage Gefängnis beantragt. Dr. Bernheim bemerkte hierauf, es erscheine ihm auffallend bei dem heutigen Stand der Rechtsprechung, daß man politische und Streikvergehen in den meisten Fällen mit garabazu exorbitanten Strafen belegt und keine mildernden Umstände kennt, während auf der anderen Seite Meister und Meisterjünger sehr milde wegkommen pflegen. So wolle er den Herren Schöffen einen Fall in Erinnerung bringen, wonach kürzlich ein Meisterjünger, das einen Lehrling mit einem glühenden Eisen einen Stich in den After beibrachte, mit 5 M. Geldstrafe davon kam. . . . Amtsrichter Kraus: Dies gehört nicht zur Sache, ich muß Sie unterbrechen, Herr Verteidiger! Dr. Bernheim: Es ist dies mein gutes Recht, und wenn ich den Herren Schöffen. . . Amtsrichter einfallend: Ich lasse die Besprechung dieses Falls hier nicht zu! Dr. Bernheim: Gut, dann habe ich nichts mehr zu sagen. Amtsrichter: Wollen Sie Gerichtsbescheid? Dr. Bernheim: Nein! Amtsrichter: Dann wollen Sie in Ihrem Plaidoyer fortfahren. Dr. Bernheim: Ich verzichte! Das Gericht zog sich hierauf zur Beratung des Urteils zurück und verkündete dann die kostenlose Freisprechung des Angeklagten Reich. — Warum war wohl dem Herrn Amtsrichter Kraus die Besprechung des von Dr. Bernheim angezogenen Falls so unangenehm? Ganz einfach: Das betreffende Urteil war unter dem Vorsitz des Amtsrichters Kraus gefällt worden!

Ausland.

Aus Graz wird gemeldet: Die Magazinarbeiter der hiesigen Südbahnstation beschloßen in einer Versammlung, an die Südbahnverwaltung eine Reihe von Forderungen zu stellen und, falls solche nicht binnen 14 Tagen bewilligt seien, in den Ausstand zu treten.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Die Frauenkonferenz zu Mainz hat den Genossinnen eine Reihe wichtiger und schwieriger Aufgaben zugewiesen, die nur erfolgreich gelöst werden können, wenn einheitlich, planmäßig an ihnen gearbeitet wird. Um diese unerlässliche Voraussetzung eines kräftigen, fruchtbareren Wirkens zu schaffen, hat die Frauenkonferenz einen Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen beschlossen. Als Organe der proletarischen Frauenbewegung sind Vertrauenspersonen der Genossinnen im Einvernehmen mit den Genossen überall dort zu wählen, wo entweder die Vereinsgesetzte die Mitgliedschaft der Frauen an politischen Vereinen unmöglich machen, oder wo die Rücksicht auf die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung und ihre Leistungen eine Teilung der Arbeit zwischen den Genossen und Genossinnen als nötig oder erprießlich erscheinen läßt.

Genossinnen! Der Hinblick auf die in nächster Zeit zu leistende allgemeine Agitationsarbeit, die durch Kohlennot und Wohnungsfrage sehr umfangreich und wichtig wird, der Hinblick insbesondere auf den beschlossenen Kampf für die sozialdemokratischen Forderungen des gegläubten Arbeiterinnenkongresses machen es nötig, daß Ihr ungeträumt, nach vorausgegangener Verständigung mit den Genossen, die Wahl Eurer Vertrauenspersonen vornehmt. Die Adressen der Gewählten sind sobald als möglich der Unterzeichneten mitzuteilen, damit diese ihnen das Organisationsstatut zuwenden und sich mit ihnen über die Durchführung der Arbeit für Aufklärung und Organisierung der Proletarierinnen im Einvernehmen setzen kann.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Dittlie Waader, Central-Vertrauensperson,
Berlin W., Großgörschenstraße 38,
zweiter Hof rechts, 3 Et.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Sociales.

Die Streikhaufen abgelehnt hat auch der Magistrat von Würzburg. Das einzige Magistratsmitglied, das für die Streikhaufen sich einlegte, war der Baumeister Hofmann, ein ehemaliger Maurergeselle.

Die Ord-Krankenkasse in Reichsbach i. O. ist in Differenzen mit den Apothekern geraten. Der Vorstand der Kasse hatte veranlaßt, daß alle Handverkaufs-Artikel zur Krankenpflege nicht aus den Apotheken, sondern aus Droguengeschäften zu beziehen seien. Die Apotheker antworteten damit, daß sie den Kassemitgliedern den Rabatt entzogen. Die Kasse ist dagegen zwar machtlos, sie sieht sich aber ganz gut dabei, weil sie durch den teilweisen Bezug von Heilmitteln aus den Droguengeschäften noch ganz bedeutende Ersparnisse macht.

Versammlungen.

Zur Reichstagswahl im 6. Wahlkreise.

Wenn auch nicht neu, so doch immerhin interessant ist das Verhalten der Antisemiten bei dem gegenwärtigen Wahlkampf. Unter dem Deckmantel einer Mittelstandspartei, Ordnungspartei und ähnlicher Bezeichnungen, betreibt sie ihre Agitation und beruft Versammlungen ein, in denen sie durchaus nicht als Antisemiten, weil die Bezeichnung wohl etwas anrüchig geworden ist, gelten wollen. Eine solche Versammlung hat am Montag bei Kuhlmann in der Schönhauser Allee stattgefunden, in der für den Kandidaten Ulrich Propaganda gemacht werden sollte. An Stelle des Stadtverordneten Frey, der als Referent aufgestellt war, aber das Erscheinen vergessen hatte, übernahm es der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Herr Willberg, seinen Gesinnungsgenossen Herrn Ulrich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Aber nicht nur an die „deutschen“ Männer richtete sich der Appell, sondern auch den sonst so verfahren weisen und schwarzen Semiten wurde das Recht eingeräumt, für den Kandidaten der nationalen Parteien einzutreten, denn die Judenfrage, so meinte der principienfeste Redner, muß in den Hintergrund gedrängt werden und hat mit dieser Wahl gar nichts zu thun. Noch eifriger im Liebeswerben um die Freisinnigen zeigte sich der Kandidat in höchstgeiziger Person selbst. Er suchte den in der Versammlung etwa anwesenden Freisinnigen nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie nur die

Vorläuferin des Anarchismus ist, daß der Kampf dann kein politischer mehr ist, sondern mit Dolch und Revolver geführt werden wird und daß die liberale Wählerkaste doch für den staatsbehaltenden Mann eintreten muß. Daß die beiden Hauptredner des Abends auch sonst gegen die Sozialdemokratie witterten und dabei mit allerlei Verdächtigungen gegen die bekannten Parteigenossen nicht sparten, daß sie die alten längst schon abgeleiteten Märchen den Versammlungsbesuchern aufzutischen versuchten und mit viel Eifer und wenig — Gesicht die Chinapolitik mit allen ihren Konsequenzen und den Militarismus und Marinismus verteidigten sowie für die Erhöhung der Kornzölle eintraten, sei nur nebenbei erwähnt. Von mehreren unseren Genossen wurde den China-Schwärmern unabweisend zu erkennen gegeben, daß für ein derartiges Programm in der Arbeiterkaste keine Sympathie vorhanden sei. — Im übrigen ist die Versammlung, die von etwa 200 Personen besucht war, recht fröhlich verlaufen. Die einzelnen Redner wurden von beiden Seiten beständig durch lebhaftes Zwischenrufen unterbrochen und deren Ausführungen oftmals nur teilweise verständlich. Umsonst wurde es anerkannt, daß die Polizei nicht wie sonst auf dem Podium, sondern beschiden vor der Thüre die Versammlung beobachtet. Gegen 1/2 Uhr verließen unsere Genossen in corpore die Versammlung und kaum 40 Mann blieben zurück, um dem Kandidat Ulrich, der nun erst recht aus voller deutscher Mannesbrust gegen die verruchten Sozialdemokraten donnerte, Gesellschaft zu leisten.

Eine Filialversammlung der Stuccateure, die am Montag abgehalten wurde, nahm den Bericht des Vertrauensmanns Darsch über die Tarifverhandlungen entgegen, die von der aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehenden Kommission gepflogen worden sind. Die Verhandlungen haben, wie der Referent mitteilte, nimmere ihren Abschluß gefunden und die Kommission hat sich auf einen Tarif geeinigt, dessen wesentlichste Punkte sind: In Accord wird nicht gearbeitet. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 1/2 Stunden. Es wird ein einheitlicher Lohn gezahlt und zwar für Anseher und Beiharbeiter 7,50 M., für Former, Zieher und Zusammenhneider 5,50 M., für Hieber 4,50 M. pro Tag. Die übrigen Positionen sind von geringerer Bedeutung. Sie regeln die Fahrgeldvergütung, Zuschläge für unwürdige Arbeiten und Ueberstunden, Saubuden usw. — Dieser Tarif unterlag nun der Beschlußfassung der Versammlung. Ueber die Lohnsätze entstand eine längere Debatte. Die meisten Redner waren gegen die im Tarif aufgeführten Löhne, mit der Begründung, daß zwar der bisher geltende Tarif für Bau-Stuccateure einen Minimallohn von 7 M. festsetze, in den meisten Fällen aber ein Tagelohn von 8 M., ja teilweise ein noch höheres gezahlt werde. Die Festsetzung eines Einheitslohns von 7,50 M. bedeute also für die meisten Kollegen, namentlich für die Beiharbeiter eine Verschlechterung. Diese Einwendungen erkannte auch Darsch als zutreffend an, er meinte aber, wenn die gute Konjunktur nachlasse, dann würden die Unternehmer nicht mehr wie den jetzt geltenden Minimallohn zahlen, während sie nach Annahme des neuen Tarifs nicht unter 7,50 M. hinunter gehen dürften. Man möge nicht vergessen, daß höhere Löhne jetzt nur aus Anlaß des guten Geschäftsganges gezahlt werden. Aus diesen Gründen hätten auch die Kommissionsmitglieder den neuen Lohnsätze zugestimmt. Redner meint auch, daß die Anseher wohl weniger Grund zur Opposition gegen den Einheitslohn hätten, wie die Beiharbeiter, welche die Mehrheit in der Versammlung bildeten. — Die anwesenden Werkstatтары widersprachen ebenfalls der Festsetzung der Einheitslöhne von 5,50 M. beziehungsweise 4,50 M., da zur Zeit in vielen Fällen höhere Löhne gezahlt werden. Wenn einheitliche Löhne eingeführt werden sollen, dann sei nicht einzugehen, weshalb die Werkstatтары nicht mit den Bauarbeitern gleichgestellt werden. — Die Versammlung lehnte die Einheitslöhne für alle Kategorien ab und beschloß, daß die Minimallöhne des bisherigen Tarifs bestehen bleiben. Die übrigen Bestimmungen des neuen Tarifs wurden angenommen mit der Maßgabe, daß derselbe nicht auf ein Jahr, sondern nur bis zum 1. April 1901 Geltung haben solle.

Der Verein Berliner Droschkenfahrer hielt seine vierteljährliche Mitgliederversammlung am 18. d. M. in den Anninbällen ab. Dieselbe ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des dahingegangenen Wilhelm Liebknecht und der im dritten Vierteljahre verstorbenen Vereinsmitglieder Albert Rewes und Wilhelm Schmidt durch Erheben von den Plätzen. Sodann erstattete der Vorsitzende Knüttler den Geschäftsbericht für das abgelaufene dritte Quartal d. J. Derselbe ist zu entnehmen, daß im Vereinsbureau, Schützenstr. 58, 123 Protokolle in Jahrsangelegenheiten aufgenommen, 515 Karten und Briefe abgehandelt, sowie 145 schriftliche Anfragen und Fundstücken-Angelegenheiten vom Bureau erledigt worden sind. An Fundgegenständen wurden 517 eingeliefert und hiervon 307 von den Verehrern reklamiert, für welche 451,70 M. Vereinsmitgliedsbeitrag für die betreffenden Aufscher gezahlt worden sind. Als Mitglieder sind dem Verein im dritten Vierteljahre neu beigetreten 41 Kollegen, die Gesamtmitgliedszahl betrug ultimo September d. J. 1800. Das gesamte Vereinsvermögen belief sich zu demselben Zeitpunkt auf 8658 Mark 31 Pf. Das Bureau einer öffentlichen Versammlung war seiner Zeit beauftragt worden, an die höhere Verwaltungsbehörde eine Eingabe zu richten, um dieselbe zu veranlassen, auf Grund des § 34 des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes die Festsetzung einer höheren Lohnklasse für die Droschkenfahrer, für welche bisher in der dritten Lohnklasse geltend worden ist, den Jahres-Arbeitsverdienst den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, aber mindestens höher als auf 850 M. zu normieren. Wie der Vorsitzende Knüttler mitteilte, ist auf diese an das Reichs-Versicherungsamte gerichtete Eingabe von dem Oberpräsidenten der Reichsregierung, daß der Jahres-Arbeitsverdienst für die Droschkenfahrer Berlins und der Umgegend vom 1. Januar 1901 ab auf 1120 M. festgesetzt worden ist. Diese Erhöhung des Jahresverdienstes komme den Droschkenfahrern bei etwaigen Bezügen versicherungsgesetzlicher Renten zu gute, wenn dieselbe auch eine unbedeutende Steigerung der Versicherungsbeiträge bedinge. Nach einer Erörterung bestehender Mißstände in der Durchführung des Hofvertrauensmannensystems wurde beschloßen, eine Eingabe an das Polizeipräsidium zu richten, in welcher das Halten von Omnibussen an Haltestellen der Straßenbahnen etc., sowie das zu späte Erleuchten der Wagen der letzteren zur Abendzeit gerügt und um Abhilfe ersucht werden soll. Auf eine von einer öffentlichen Versammlung letzten beschloßenen Eingabe an das Polizeipräsidium, dahingehend, die Durchfuhr in der Zeit von 2—3 1/2 Uhr nachmittags täglich, sowie die Friedlichstraße von der Weidendammer Weiche bis zur Kranenstraße während der Tagesstunden überhaupt für leertahrende Droschken zu sperren, ist ein Bescheid bisher noch nicht eingegangen. Mit der Veranstaltung eines üblichen Wintervergnügens erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Charlottenburg. In der am 22. Oktober bei Leßder abgehaltenen Mitgliederversammlung des Centralverbands der Maurer kamen einige Fälle zur Sprache, in denen sich einige Kollegen gegen die Vertragsbestimmungen durch Ueberstundenmachen vergangen haben. Ferner wurde gewünscht, daß der Vorstand mit dem Vorstand des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins“ in einer gemeinschaftlichen Sitzung Maßnahmen treffe, durch die verhindert wird, daß vom Verband ausgeschlossene Mitglieder dort Aufnahme finden. Am Sonntagabend, den 27. d. M., fällt der Zahlabend aus und es werden deshalb am Montag, den 29. d. M., die Beiträge bei Leßder entgegen genommen.

Schöneberg. Am Dienstag, den 16. d. M., tagte im „Klubhaus“ eine öffentliche Versammlung, in der Stadtverordneter Hirsch-Charlottenburg über das Thema: „Was haben die herrschenden Klassen zur Beseitigung der Wohnungsnot getan?“ sprach. An der Diskussion beteiligten sich Obst und Frey. Zu Delegierten zur Kreisversammlung wurden gewählt: Expedient Baumler, Tischlermeister Hoffmann und Restaurateur Obst.

Hildorf. In seiner am 17. d. M. abgehaltenen Generalversammlung nahm der Holzarbeiter-Verband den Bericht der Abrechnung vom 3. Quartal entgegen. Die Einnahme der Hauptkasse

betrug 1417,62 M., die Ausgabe 1188,62 M., verbleiben am Orte 231 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 685,34 M., eine Ausgabe von 304,75 M., verbleibt ein Bestand von 380,59 M. Die Einnahme der Lokal-Strickkasse betrug 410,30 M., die Ausgabe 5 M., verbleibt ein Bestand von 405,30 M. — Nach dem Bericht des Kassierers hielt Genosse Schütte einen interessanten Vortrag über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Der Vortragende erzielte reichen Beifall. An die Diskussion über den Vortrag schloß sich der Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission und des Stellenauschusses der hiesigen Zwangs-Tischlerinnung. Es wurde den Mitgliedern der Innungs-Krankenkasse die Beschaffung der im Druck befindlichen Krankenkassen-Statute anempfohlen. Zum Bericht der Kommission wurde lebhaft bedauert, daß in der Werkstatt von Projahn, Jethenstraße 27, wofolbst Differenzen bestehen, sich zwei Arbeitswilige gefunden haben. Hierzu gelangte folgender Antrag zur Annahme: Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbands Hildorf soll sich mit den sozialdemokratischen Stadtverordneten in Verbindung setzen und wegen der Handlungsweise des Tischlermeisters Projahn Rücksprache nehmen, damit der Magistrat von den Stadtverordneten über die Geschäftsprogras dieses Herrn aufgeklärt wird, eventuell dahin wirken, daß dieser Herr gezwungen wird, den üblichen Accordlohn für die Tischlerarbeiten der städtischen Schulen zu zahlen und ihm in Zukunft keine städtischen Arbeiten mehr übertragen, weil durch sein Gebahren die Solidität unseres Handwerks stark geschädigt wird. — Schließlich werden noch 150 M. aus der Lokalkasse dem Hauptvorstande zum allgemeinen Streikfonds überwiesen.

Ober-Schöneberg. Am Dienstag, den 16. Oktober, fand hier selbst im Lokal von Köpfer eine öffentliche Parteiversammlung statt. Schuberger-Schöneberg erstattete den Bericht vom Parteitage. Die Diskussion, an welcher sich Genosse John beteiligte, bewegte sich im Sinne des Referats. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am Dienstag, den 16. Oktober, in Ober-Schöneberg im Lokal von Köpfer stattfindende Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, wünschte jedoch eine andre Lösung der Landtagsfrage, fügt sich aber dem Beschlusse des Parteitages als höchste Instanz der Partei. Nach dem Bericht des Vertrauensmanns Sielof fanden im verflossenen Geschäftsjahre sieben Versammlungen statt. Einer Einnahme von 298,40 M. mit Einschluß von 43,31 M. Bestand zu Beginn des Geschäftsjahrs steht eine Ausgabe von 169,20 M. gegenüber, verbleibt mithin Bestand 129,20 M. Der bisherige Vertrauensmann wurde wiedergewählt. Zu Revisoren wurden John, Peter und Brunow ernannt. Nachdem noch die Genossen Delbeck, John und Mainholz in die Lokalkommission gewählt und Sielof und Delbeck als Delegierte zur Kreisversammlung bestimmt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

China.

Die Diplomatie

Scheint in der Chinafrage mehr und mehr an Stelle der Militärs zu treten. Zwischen dem Pariser und New Yorker Kabinett hat ein lebhafter Notenwechsel schon vor dem Bekanntwerden des englisch-deutschen Abkommens stattgefunden. Diese Noten werden jetzt vom amerikanischen Staatsdepartement veröffentlicht; sie zeigen von neuem, daß Amerika die Politik der offenen Thür als obersten Grundsatz aufgestellt hat. Mit dem Artikel 3 des deutsch-englischen Abkommens soll jedoch die amerikanische Regierung nicht einverstanden sein. Der New Yorker „Evening Post“ geht aus Washington die Meldung zu, daß die amerikanische Regierung der Ansicht sei, dieser Artikel werde zu einer künftigen Verwickelung die Ursache geben. Diese Befürchtung werde in der Antwort an die deutsche Regierung zum Ausdruck gebracht.

Der Abzug der Russen.

Der „Rowoje Wremja“ wird aus Sretensk vom 20. Oktober gemeldet: Seit dem 23. September sind 22 000 Reservisten aus China nach Hause zurückgekehrt. 6000 trafen auf Dampfern in Sretensk ein. Da seit dem 19. Oktober die Schifffahrt auf dem Amur eingestellt ist, mußten 3000 Reservisten die Dampferfahrt unterhalb Pokrowska aufgeben. Längs dem Schiffsfluß sind Etappen aufgestellt, die mit warmer Kleidung und Proviant versehen sind.

Die russische Machtsphäre

bedeutet sich trotzdem immer mehr aus, die Position Rußlands festigt sich, auch ohne daß es viel Soldaten dort behält. Aus Yokohama wird gemeldet, der russische und der japanische Truppenführer hätten ein Abkommen geschlossen, demzufolge Rußland allen Verkehr auf der Bahnlinie zwischen Jangtsum und Schanhaiwan und ebenso an der letztgenannten Station leitet. Die Verbündeten hätten das Recht, die Linie für militärische Zwecke zu benutzen, Rußland benutze die Bahnlinie nordwärts nach Nankichwan, willige aber ein, in der Provinz Schilli ansehnliches rollendes Material für den Zweck der Verbündeten bereit zu halten. „Rowoje Wremja“ sieht das Gebiet nördlich vom Peiho als zur russischen „Einflußsphäre“ gehörig an und will die Politik der offenen Thür nicht auf dies Gebiet angewendet wissen. Nur da, wo die Engländer herrschen, scheint das schlaue Rußland nichts gegen die offene Thür zu haben.

Ein deutsch-russischer Geheimvertrag?

London, 23. Oktober. „Daily News“ berichten aus Berlin, man sei dort fest davon überzeugt, daß ein geheimer deutsch-russischer Vertrag bestehe, nach welchem Deutschland den Russen in der Randchüre vollständig freie Hand läßt. Das deutsch-englische Abkommen sei für Deutschland nur ein ergänzender Vertrag.

Lezte Meldungen.

Rom, 23. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der auch in Rom beglaubigte chinesische Gesandte in London ist vom Kaiser von China beauftragt worden, dem König von Italien eine Botschaft zugehen zu lassen, in welcher der Kaiser sich zunächst nach der Gesundheit des Königs von Italien erkundigt und dann sagt: China habe den befreundeten Mächten gegenüber durch eine unbedeutende Bewegung Schuld auf sich geladen. Der Kaiser begeh die Zuversicht, daß die Strafe hierfür keine übertriebene sein werde, und bitte den König von Italien, sich zum Zwecke der Beilegung der Schwierigkeiten und des schnellen Abschlusses eines Friedensvertrags mit den übrigen Mächten im Einvernehmen zu setzen. Schließlich verabschiedet der Kaiser den König von Italien seiner unbegrenzten Dankbarkeit.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Vom Kohlengräberstreik.

New York, 23. Oktober. (B. L. W.) Der „Tribune“ wird aus Scranton telegraphiert, dort sei die Nachricht eingetroffen, daß der Führer der ausständigen Kohlenarbeiter Mitchell dem Ausrufen der Arbeitgeber zugestimmt und der Ausstand somit beendet sei.

Konig, 23. Oktober. (B. L. W.) Im Tscheler Krawallprozeß wurde heute der Angeklagte Dorau wegen schweren Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Kaysersberg (Elsas), 23. Oktober. (B. L. W.) Bei einem Brande, welcher mehrere Häuser zerstörte, kamen hier in vergangener Nacht zwei Familien mit zusammen 8 Personen ums Leben. Bis jetzt sind 6 Leichen geborgen worden.

Komotau, 23. Oktober. (B. L. W.) In Reusnitz fanden arge Straftaten statt, weil ein Polizist einen sich seiner Verhaftung widergebenden Bergmann niedergeschossen hatte. Die Gendarmen stellte die Ruhe wieder her.

Die einzige Partei, die dem Bickack- und Buchthauskurs entschlossen die Stirn bietet, ist die Socialdemokratie. Ihr liegt es ob, der Reaktion den Todesstoß zu versetzen. Wer eine freiheitliche, gesunde Entwicklung unsres Vaterlands will, der stimme bei der Nachwahl am 30. Oktober für unsren Kandidaten Georg Ledebour.

Kommunales.

Zur Volkszählung. Der Magistrat veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Auf Grund des Beschlusses des Bundesrats vom 17. März d. J. wird im Deutschen Reich am 1. Dezember d. J. eine allgemeine Volkszählung stattfinden. Das Zählgeschäft wird in ähnlicher Weise wie bei den früheren Zählungen die städtische Zählungskommission mit einem Kommissar des königlichen Polizeipräsidiums unter Mitwirkung von Bürgern unsrer Stadt vermittelst Zählpapiere ausführen, deren Ausfüllung am Zählungstage den Haushaltungs-Vorständen obliegt. Zudem wird unsern Mitbürgern schon jetzt hierüber vorläufige Nachricht geben, bitten wir um eine recht zahlreiche Beteiligung beim Zählgeschäft. Wir bemerken dabei, daß die Volkszählung von großer Bedeutung für die Wissenschaft und die Verwaltung ist und nicht zu steuerlichen Zwecken erfolgt. Zur Annahme von Meldungen sind die Bezirke Bezirksvorsteher oder zwischen 9 und 3 Uhr die Volkszählungs-Abteilung des Statistischen Amtes der Stadt, Klosterstr. 18/19a, 3 Treppen, bereit. Ferner über richten wir an diejenigen unsrer Mitbürger, an welche wir uns in der Ueberzeugung von ihrem stets bewährten Gemeinwohl unmittelbar oder durch unsre dazu angewiesenen Organe wenden werden, die dringende Bitte, uns auch bei dieser Zählung die erbetene Mitwirkung freundlichst zu gewähren. Berlin, den 15. Oktober 1900. Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt. Kirchner.

Wegen Veseitigung des Accumulatorenbetriebs im Sinne der Landespolizeilichen Verfügung hatte die städtische Verkehrsdeputation in ihrer letzten Sitzung beschloffen, mit den Vertretern der Großen Berliner Straßenbahn in Verhandlung darüber einzutreten, zu welcher Gegenleistung die Gesellschaft für die höhere Inanspruchnahme des städtischen Grund und Bodens (durch ober- und unterirdische Stromzuführungs-Anlagen) sich werde bereit finden lassen. In der vergangenen Woche hat nun bereits eine Konferenz des Stadtdirektors Neubrinn mit den Direktoren der Gesellschaft stattgefunden, wobei städtischerseits eine Erhöhung der von der Gesellschaft an die Stadtgemeinde zu zahlenden Jahresabgabe vorgeschlagen wurde. Wie die „Post, Jg.“ vernehmen, soll die Verkehrsdeputation für die Zulassung der ober- oder unterirdischen Stromzuführung an fünf Punkten zwei Prozent der Brutto-Einnahme mehr gefordert haben, so daß statt 8 Proz. 10 Proz. zu zahlen sein würden. Unter Zugrundelegung der Brutto-Einnahme des letzten Jahres würde das einen Mehrbetrag von nahezu einer halben Million Mark jährlich bedeuten.

Lokales.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein hält heute, Mittwoch abends 8 Uhr, seine Generalversammlung im „Dressener Kasino“, Dresdenstr. 96, ab. Auf der Tagesordnung steht außer geschäftlichen Angelegenheiten die Wahl eines ersten Vorsitzenden und ein Vortrag von Max Schütte über das Socialistengesetz; außerdem Diskussion und Vereinsangelegenheiten. Als Protokoll wird in diesem Vierteljahr das Protokoll des Parteitags in Mainz in der Versammlung ausgegeben. Eröffnung pünktlich.

Fünfter Wahlkreis. Die Genossen des Kreises werden auf die am Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12, stattfindenden Generalversammlung aufmerksam gemacht. Laut Beschluß der letzten Versammlung wird das Protokoll des Mainzer Parteitags an die Genossen gratis verabsolgt, welche nicht über 3 Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Die Ausgabe der Protokolle erfolgt in den einzelnen Abteilungen. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Die Arbeiter der städtischen Markthallen sind bei ihrer Direktion um die Einführung des Zweischichtensystems vorstellig geworden. Heute liegen die Dienstverhältnisse dieser Arbeiter darob, daß sie sich meistens vor 11 Uhr nachts nicht zur Ruhe begeben können. Da ihr Dienst bereits um 6 Uhr morgens beginnt, sie daher spätestens um 5 Uhr das Bett verlassen müssen, bleibt ihnen nur eine ungenügende Nachtruhe übrig. Zwar haben die Markthallen-Arbeiter am Tage einige längere Ruhepausen, doch sind diese für sie meistens völlig wertlos. Sie müssen diese Zeit in der Kneipe zubringen, da die Pausen, um die Bewachung aufzunehmen und hier sich der Ruhe hinzugeben, wieder nicht ausreichen. Daher wünschen die Arbeiter, daß die eine Arbeitsschicht von 5 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, die andre von 1 Uhr mittags bis 10 Uhr abends wärd. Außerdem fordern sie von der Direktion eine Erhöhung der Löhne. Der Anfangslohn soll 3 Mk. betragen, nach einem Dienstjahre 3,50 Mk. und nach zwei Dienstjahren 4 Mk. — Ferner wünschen sie die Gewährung eines Sommerurlaubs unter Weiterzahlung des Lohns.

Die Fahrstuhl-Fahrer der Central-Markthalle fordern außerdem für sich die Einführung der Schiffsdienstschicht. Gegenwärtig muß diese Arbeiterkategorie 12 Stunden ohne Frühstückspause z. B. tätig sein. Da der Fahrstuhl-Betrieb eine Reihe von Gefahren mit sich bringt, so ist der Dienst der Fahrstuhl-Fahrer sehr verantwortungsvoll und aufreibend. Sie glauben daher durch die Schiffsdienstschicht nicht nur ihre Gesundheit zu heben, sondern auch zur Verminderung von Unglücksfällen beizutragen, die heute infolge von Uebermüdung nur zu leicht vorkommen können. Öffentlich prüft die Direktion der städtischen Markthallen die ihr in einer Petition vorgetragene Wünsche näher und trägt baldigst für deren Bewilligung Sorge.

Der Abschluß der städtischen Gaswerke für das Etatsjahr 1899 war infolge des vermehrten Absatzes von Gas an Private und des größeren Verlaufs von Reinerzeugnissen (Coals, Teer, Ammoniakwasser) und der hierfür erzielten höheren Preise außerordentlich günstig. Hergestellt wurden 1899: 138 158 000 Kubikmeter, wovon abgegeben sind gegen Zahlung von 18 Pf. für das Kubikmeter 84 901 687, d. h. 3 326 687 Kubikmeter gegen den Etat mehr; zu 10 oder 12 Pf. 37 228 290 Kubikmeter (+ 3 298 290 Kubikmeter), unentgeltlich für den eignen Verbrauch 1 184 123 Kubikmeter (= 89 977 Kubikmeter), für die öffentliche Beleuchtung 10 529 685 Kubikmeter (= 70 315 Kubikmeter). Der Gasverlust betrug 4 312 875 Kubikmeter, gegen die etatsmäßig angenommenen 5 625 900 Kubikmeter weniger 1 313 025 Kubikmeter. Aus dem Abfag des Gases an Private erzielte die Verwaltung eine Einnahme von 17 323 165 Mk., in Rest gestellt wurden 121 338 Mk., gegen den Etatsansatz wurden mehr eingenommen 855 484 Mk. Im ganzen ist eine Mehreinnahme zu verzeichnen von 2 209 592 Mk.; darauf kommen in Berechnung die Mehr- und Minderausgaben des Ordinarius im Betrage von 161 429 Mk., es verbleibt sonach eine wirkliche Mehreinnahme von 2 048 162 Mk., die dem etatsmäßigen Ueberschuß von 3 638 617 Mk. hinzutritt. Unter Hinzurechnung der Reste aus dem letzten Jahre von 1 154 302 Mk. stellt sich der rechnungsmäßige Ueberschuß auf 6 841 082 Mk., wovon an die Stadthauptkasse bar überwiesen worden sind 6 579 913 Mk., der Mehrbetrag von 261 169 Mk. ist in Rest gehalten worden.

Zur Kohlennot hat der Centralausfuh hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine

Stellung genommen. Er hat eine Resolution angenommen, worin er die Organisation von Einkaufsgenossenschaften als wertvoll bezeichnet und die Staatsregierung ersucht, solche Genossenschaften durch Abgabe der erforderlichen Kohlenmengen zu unterstützen.

An den Handelsminister soll der Antrag gerichtet werden, eine Enquete über die Verhältnisse der Kohlenherzeugung und des Kohlenhandels zu veranstalten.

In dem Ausschuss scheinen bei der Beratung der Angelegenheit die verschiedensten widerstreitenden Interessen aufeinander gestossen zu sein und mit der Resolution soll mehr als eine Veseitigung der Kohlennot erreicht werden. Es wird nämlich darin auch die Bewachung aufgestellt, daß alleinig Arbeitermangel herrsche und die Regierung wird deshalb aufgefordert, Erleichterung in der Einstellung ausländischer Arbeiter zu gewähren.

Daß gegenwärtig Arbeitermangel herrsche, ist einfach unwahr, das grade Gegenteil ist der Fall.

Die Orts-Krankenkassen vollziehen, wie ihre täglichen Bekanntmachungen ergeben, zur Zeit vielfach die Wahlen der Vertreter zu den Generalversammlungen. So z. B. die Ortskasse des Maurergewerbes, die der Strumpfwirker usw. Angesichts der bevorstehenden Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, in welcher u. a. das ohnehin sehr begrenzte Selbstverwaltungsrecht der Kassen noch bedeutend weitere Einschränkungen erfahren soll, halten wir es für angebracht, daran zu erinnern, daß schon jetzt die Kassenmitglieder sich an den Vertreterwahlen recht reger und vollständig beteiligen sollten. Es ist notwendig, Personen zu wählen, die im geeigneten Moment mit ganzer Energie den Willen ihrer Mandatgeber zu wahren und zum Ausdruck zu bringen gewillt sind und nicht, wie es lediglich oftmals aus Bequemlichkeit geschieht, die ganze Verantwortung und die Zukunft der Kasse dem Vorstand allein überlassen.

Die erste Briefmarkenauktion ist gestern hier in einem Saal des Restaurants unter den Linden 27 abgehalten worden. Die Auktion hatte ein zahlreiches Publikum angezogen, darunter wohl alle Besitzer größerer Berliner Privatansammlungen. Aus London, Paris, Stockholm, Wiesbaden, Dresden und vielen andern Orten waren Gebote eingegangen. Den höchsten Preis der vierstündigen Versteigerung erzielte die blaue 81 Para-Rumänien aus dem Jahre 1858. Der Zuschlag auf diese Marke, die als die seltenste Europas gilt, erfolgte bei einem Gebot von 5000 Mk. Ein hiesiger Händler hatte den Auftrag, bis 6500 Mk. für die Marke zu bieten, der Ersteher hat somit noch 1500 Mk. gespart; ein zweiter Antrag lautete auf ein Höchstgebot von 4800 Mk. Die Nummer 27 Paras derselben Kollektion wurde für 750 Mk. verkauft; die 108 Paras brachte 575 Mk. Die zweitwertigste der europäischen Marken, die Toskana 3 Lire aus dem Jahre 1860, brachte 1100 Mk. Recht gut bezahlt wurden auch alte Schweizer Marken, die hier in Berlin meistens als Spezialitäten gesammelt werden. Unter den außereuropäischen Marken erreichte das Höchstgebot von 1000 Mk. die 5 C.-Stadtpostmarke von Wratschboro in den Vereinigten Staaten, eine 1845 emittierte Marke, die bisher in keiner Sammlung Deutschlands sich befand.

Berliner Schulwesen. Die neue Gemeindeschule in der Scheringstraße hat die hier für sie gemieteten Räume erst am Montag beziehen können. Die Verabreichung der Bauarbeiten zur Umwandlung der bisher als Wohnungen benutzten Räume in Klassenzimmer war für Donnerstag, den 18. Oktober versprochen worden, das Haus war aber noch am Freitag und Samstag nicht benutzbar. Noch am Montagvormittag während des Unterrichts waren in dem Hause Arbeiter mit den Austräumungsarbeiten beschäftigt.

Die Maserneidemie in städtischen Asyl für obdachlose Familien scheint erlöschen zu sein. Am gestrigen Tage wurden unter den Kindern der Obdachlosen keine Maserne-Erkrankungen mehr konstatiert. Ebenso trafen aus dem Krankenhanse Roabit fünf Kinder, die daselbst die Krankheit durchgemacht hatten, wieder als genesen in städtischen Obdach ein. Auch die Zahl der im Obdach Befindlichen hat wieder seit Sonntag um 50 Köpfe abgenommen.

Die Große. Einen Zusammenstoß zwischen zwei elektrischen Wagen gab es gestern, Dienstagnachmittag, am Halleschen Thor. Ein Zug der Linie Zoologischer Garten-Preplov und ein Ringbahnwagen trafen sich, als der Ringbahnwagen vom Köpenicker Platz herkam und der Zug von der Gärtnerei nach dem Blücherplatz einbog. Dem Ringbahnwagen wurde die vordere Plattform gerammt. Er wurde betriebsunfähig; die Verkehrsstörung, die der Zusammenstoß verursachte, dauerte anderthalb Stunden.

Auf der Unfallstation VIII, Schiner Weg 17, erschien am 18. d., nachmittags, der Maurer Klemm, um ärztliche Hilfe nachzusuchen. Klemm war bei der Arbeit mit der Brust auf die Kante eines Kostens gefallen und fühlte heftige Schmerzen. Der Hilfesuchende war sehr verwundert darüber, daß der Wärter der Unfallstation, dem er sein Anliegen vortrug, gar nicht glauben wollte, daß er verletzt sei und ärztlicher Hilfe bedürfte. Erst nach einigen Hin- und Herreden rief der Wärter den Arzt herbei. Diesem teilte Klemm mit, daß er gefallen sei, heftige Schmerzen verspüre und wahrscheinlich einen Rippenbruch erlitten habe. Der Verunglückte mußte sich ausziehen, der Arzt untersuchte ihn und sagte dann, ein Rippenbruch liege nicht vor, die Sache sei nicht so schlimm. Er verschrieb eine Einreibung und der Patient war damit abgefertigt. Mehr auf das ärztliche Urteil als auf seine eignen Wahrnehmungen vertrauend, begab sich Klemm wieder nach seiner Arbeitsstelle. Er wollte versuchen, weiter zu arbeiten, aber die Schmerzen hatten sich inzwischen so gesteigert, daß er sich kaum auf den Beinen zu halten vermochte. Nun begab sich der Verunglückte zu seinem Rassenarzt. Dieser stellte einen Rippenbruch fest, legte einen Verband an und traf die weiteren Anordnungen zur sachgemäßen Behandlung des Krankheitsfalls.

Daß der Arzt auf der Unfallstation einen Rippenbruch übersehen konnte, das muß doch recht sonderbar erscheinen und trägt sicher nicht dazu bei, das Vertrauen des Publikums zu der ärztlichen Behandlung auf Unfallstationen zu stärken.

Die Ladenschließzeit der offenen Verkaufsstellen ist vom Polizeipräsidenten auf Grund des § 139a Absatz 2 Ziffer 2 der Reichsgewerbeordnung am 3. 10. 17. und 24. November, am 1. 8. 13. bis 15., 17. bis 22. und 31. Dezember auf 10 Uhr abends festgesetzt.

Schwerkraften macht die Feststellung eines Manns, der am 17. d. M. beim Vorwerk Volkshaus in der Nähe von Straußberg in der Kapelle erhängt aufgefunden wurde. Es ist ein Mann von 38 bis 42 Jahren mit dunklem Haar und rötlichem Schnurrbart.

Im Dachstuhl einer Krankenbaracke des alten Instituts für Infektionskrankheiten bei der Charité entstand gestern früh Feuer. Die Wärter bemerkten es sofort, und die Hausfeuerwehr der Charité verhinderte im Verein mit dem Bärzelpersonal ein weiteres Ausbreiten, bis die Berufsfeuerwehr eintraf und den Brand vollends löschte, indem sie die aus Gips mit Rohr und Pappe bestehende Decke einschlug. Von allen Seiten kamen kurz nach der Meldung 15 Jäger der Feuerwehr herangerauscht. Nach einer Viertelstunde konnten sie wieder abrücken.

Vermißt wird seit Sonntag vor acht Tagen der 65 Jahre alte Gymnasial-Oberlehrer a. D. Prof. Karl Oberlinpfer aus der Großen Potsdamerstr. 10. Der alte Herr lebt seit fünf Jahren in Berlin und ist als Vereinsredner bekannt, namentlich in religiösen Vereinen, aber auch unter den Spiritisten. Man befürchtet, daß ihm ein Unfall zugefallen ist.

Auf dem Transport entsprungen ist am gestrigen Dienstagvormittag gegen 11 Uhr auf dem Potsdamerplatz ein etwa dreißigjähriger Gefangener. Der Mann war kurz vorher in Begleitung eines Transporteurs auf dem Potsdamer Bahnhof mit dem Zuge von Magdeburg eingetroffen und sollte mittels Droschke nach Roabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Während der Aufseher nach einem Führer suchte, gelang es dem Gefangenen, sich seiner Handschellen zu entledigen und zu entfliehen. Er suchte über den Potsdamerplatz und rannte durch die Königgräberstraße nach der Köthenerstraße hinein, verfolgt von einer Menschenmenge, die durch den Alarmruf des Transporteurs auf den Flüchtenden aufmerksam geworden war. Schon hatte der letztere den Eingang zur Baumseebahn erreicht, woselbst es ihm in dem großen Menschengewühl gelungen wäre, zu entkommen, als er im letzten Augenblick Halt machte und zu Boden stürzte. Die Wucht des Falls war eine so heftige, daß der Gefangene einige Sekunden betäubt liegen blieb. So gelang es mehreren Personen, den Ausreißer dingfest zu machen und seinem hinzukommenden Transporteur zu übergeben.

Uranien. Der Vortrag „Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris“, der mit zahlreichen Originalaufnahmen der großartigen Anlagen und Bauten auf der Ausstellung ausgestattet ist, wird in dieser Woche noch heute, Donnerstag, Freitag und Sonnabend in der Taubensprache wiederholt werden.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Die Grundsteuer-Ordnung für die Stadtgemeinde Rixdorf soll jetzt, gemäß einer Verfügung des Regierungspräsidenten, dahin geändert werden, daß unter anderm als ein neuer Paragraph folgende Bestimmung aufgenommen werden soll:

„Der gemeine Wert (der der Besteuerung zu Grunde gelegt wird) kommt nur mit drei Vierteln zur Anrechnung bei Gebäuden der Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, und deren Statut, die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens 4 Proz. ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Restwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt. Ferner kommen nur drei Viertel des gemeinen Werts zur Anrechnung bei der Besteuerung der Gebäude der Arbeiter, Handwerker oder dieser in wirtschaftlich gleichzustellenden Personen, wenn die Gebäude dazu bestimmt sind, von ihnen ausschließlich oder außer von ihnen selbst höchstens noch von zwei andern Arbeiter, Handwerker oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Familien bewohnt zu werden.“ — Der Stadterordneten-Versammlung ist eine entsprechende Vorlage zugegangen.

Die Unterstützung der neugegründeten Sterbekasse der Magistratsbeamten und Lehrer beantragt der Magistrat bei der Stadterordneten-Versammlung dahin, daß für die erste Einrichtung der Kasse ein einmaliger Beitrag von 200 Mk. und ferner wiederum 20 Proz. der durch die Mitglieder jährlich gezahlten Beiträge als laufender Zuschuß bewilligt werden möge.

Das schriftliche Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts in Sachen der Hausbesitzer liegt jetzt vor. Es wird darin des längeren ausgeführt, daß die Städte-Ordnung vom 30. Mai 1883 nach ihrer Entstehungsgeschichte dem Miteigentum keinerlei Bedeutung beilege. Ein Hausbesitzer im Sinne des § 16 sei ein Einwohner, welcher Eigentümer eines Wohnhauses sei. Stehe das Eigentum an einem solchen mehreren Personen zu, sei also ein Miteigentum vorhanden, so erhebe sich zwar das Recht eines jeden Miteigentümers auf jeden Teil des Hauses; aber es habe, da die Rechte eines jeden durch die Rechte der übrigen eingeschränkt seien, keiner von ihnen ein ganzes Haus. — Sei nun kein Miteigentümer eines Hauses Hausbesitzer im Sinne des § 16 der Städte-Ordnung von 1883, so habe Keiner der sieben als Hausbesitzer gewählten beigeladenen Stadterordneten die Wahlfähigkeit zugestanden, ihre Wahl sei deshalb ungültig.

In der letzten Sitzung der Schöneberger Stadterordneten-Versammlung kam die Frage der Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts zur Beratung. Der Magistrat sowohl als die gemischte Deputation ersuchten um Vertagung der Frage auf zwei Jahre. Der Magistrat mit der eigentümlichen Begründung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für Uebernahme dieser neuen Aufgabe recht ungünstig wäre, weil die Verwaltung durch dringende Anforderungen aus allen möglichen Gebieten, so bei Schulbauten, Kanalisation, Bebauungsplänen, beim Krankenhanse usw. für die nächsten Jahre besonders stark in Anspruch genommen sei. Die gemischte Deputation war gegen die Einführung mit der noch eigentümlicheren Motivierung, daß, so lange Berlin und fast sämtliche seiner Vororte den Schulzwang nicht hätten, die Einführung in Schöneberg die Wirkung haben werde, daß die gewerblichen Arbeiter, um dem Schulzwang zu entgehen, die in den Nachbarorten gebotenen Arbeitsmöglichkeiten vorziehen würden. Dies würde erhebliche Schädigungen für den Geschäftsbetrieb der Schöneberger Gewerbetreibenden zur Folge haben. (1) Die Bildung von Zwangsinnungen und Hand in Hand damit die Einrichtung von Fachschulen ist neuerdings auch für Schöneberg erfolgt und noch nicht abgeschlossen. Dieser Umstand ist von großem Einfluß auf die Beibehaltung der Fortbildungsschule und insobedessen auf die ganze Befestigung des Lehrplans. Vergebens wandte sich der Stadtv. Dr. Richter gegen eine derartige Verschleppung, nachdem eine Reihe von Versammlungen zu der Frage Stellung genommen und die Handwerkerfreise sich für das Obligatorium ausgesprochen. Es mußte nichts, die Versammlung war mit dem Bürgermeister Dr. Gerhardt der Ansicht, daß dem Handwerkerstande Ruhe gegönnt werden müsse. Eine solche Fürsorge wird diese Kreise wohlthuend berühren.

Von einem etwas komisch aussehenden Lokalpatriotismus wurde die Forderung der Rückbewilligung von 1000 Mk. zur Beschickung der in Berlin stattfindenden internationalen Ausstellung für Feuerhuth und Feuer-Rettungswesen diffundiert. Wie vom Delegierten ausgeführt wurde, habe die Stadt alle Ursache, auf dieser Ausstellung ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Schöneberg habe, was die Gerätschaften anbelange, die erste Feuerwehr der Welt. Die Bürger hätten eine Kohlenäuserspritze, wie sie keine andre Stadt aufzuweisen habe. Diese Spritze müßte man zur Ausstellung schicken. Damit die Besucher sähen, wie weit Schöneberg vorgeschritten sei. Demgegenüber wies der Stadtv. Rajuch (Soc.) sowie eine große Reihe Redner auf

das Verleihen dieses Vorgehens hin. Man würde es in der Bürger-
schaft nicht verstehen, wenn die Spritze nach Berlin geschickt würde,
um für die betreffende Firma Reklame zu machen, und am Orte in
der Zwischenzeit bei eintretender Feuergefahr nicht zur Stelle wäre.
Um den Ruf des Schönebergs nicht zu verunreinigen, schritt man zur
Wahl eines Ausschusses, der Mittel und Wege finden soll, dennoch
die Ausstellung mit der Spritze zu befehlen. Unser Magistrat ist
geschäftlich sehr in Anspruch genommen.

Gerichts-Beilage.

„Meine Tante, deine Tante“ sollte nach einer an die
Polizei ergangenen anonymen Anzeige während der beiden letzten
Jahre wiederholt in dem Lokale des Restaurateurs Gottfried
Kerlau im Equitable-Palast, Leipziger- und Friedrichstraße- Ecke,
gespielt worden sein. Die angestellten Ermittlungen ergaben auch
so viel Belastungsmaterial, daß gegen Kerlau und seinen Ge-
schäftsführer Hoffmann Anklage wegen Dubsens verbotenen
Glückspiels erhoben wurde, die gestern vor dem Schöffengericht
verhandelt wurde. Beide Angeklagte, die von den Rechts-
anwälten Unger und Leopold Meyer verteidigt wurden, bestritten mit
Entschiedenheit ihre Schuld. Kerlau, der Vater des bekannten
Billardkünstlers erklärte, daß er viel auf Reisen sei und sich bei
seiner Anwesenheit nur mit der Buchführung in seinem Comptoir
beschäftige. Er habe deshalb den Mitangeklagten Hoffmann als
Geschäftsführer angenommen, der kontraktlich verpflichtet sei, darauf
zu achten, daß keine unerlaubten Spiele betrieben würden. Das Karten-
spiel werde in seinem Lokale überhaupt wenig betrieben, was schon daraus
hervorgehe, daß er beispielsweise im Monat Februar an Kartengeld
nur 97 M. gekostet habe, während seine Einnahme aus den Billards
beinahe 4000 M. betragen habe. Durch die umfangreiche Beweiss-
aufnahme wurde festgestellt, daß tatsächlich wiederholt Glückspiele
im Kerlauschen Lokale gespielt worden waren; auch hielt der Gerichts-
hof für erwiesen, daß der Angeklagte Hoffmann nicht alles gethan,
um es zu verhindern. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe von
100 Mark verurteilt, während der Angeklagte Kerlau freigesprochen
wurde.

Der neueste Rekord im großen Unfug. Gelegentlich des
Straßenbahner-Ausfalls war es auf dem Alexanderplatz zu einem
Aufstand gekommen. Gerade als jemand verhaftet wurde, fuhr ein
Omnibus vorüber, auf dessen Hinterrad ein Mann namens
Ray stand. Dieser rief dem Verhafteten zu: „Merken Sie
sich die Nummer; Sie brauchen sich das nicht ge-
fallen zu lassen.“ Er wurde deshalb wegen großen Un-
fugs angeklagt und in erster und zweiter Instanz zu zwölf
Tagen Haft verurteilt. Die Gerichte erachteten
für „festgestellt“, daß der Angeklagte den Sittlichen zum Wider-
stand gegen den Schutzmann, der ihn festnahm, ermuntert
habe, so daß eine größere Menschenmenge darauf „auf-
merksam“ geworden und somit durch den Zuruf belästigt
worden sei.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, daß er
den Festgenommenen lediglich habe auffordern wollen, sich über den
Schutzmann zu beschweren, weil seines Erachtens die Ver-
haftung in unzulässiger Weise erfolgt sei. Der Strafsenat des
Kammergerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung:
Das Rechtsmittel scheiterte an den tatsächlichen Feststellungen der
Vorderrichter, auf die § 360 Nr. 11 ohne Rechtsirrtum angewandt
worden sei. Der Vorderrichter habe festgestellt, daß der Angeklagte
den Sittlichen habe ermuntern wollen, Widerstand zu leisten, und
daß er durch den Zuruf zugleich eine erhebliche Menschenmenge
aufmerksam gemacht habe. Dadurch sei aber die Menschen-
menge in ihrer Allgemeinheit belästigt worden, weshalb die Ver-
urteilung des Angeklagten wegen großen Unfugs berechtigt sei.

Ein Schutzmann als Bestie. Aus Halle a. S. wird uns
vom 22. Oktober berichtet: Ein Sittenwächter schlimmer Sorte
stand heute in der Person des 29-jährigen früheren Polizeiergeanten
Hermann Vrellentzien von hier, geb. in Kallied (Pommern)
wegen Verbrechen gegen § 178 Abs. 3 des Str.-G.-B. vor der
Strafkammer unter Anklage. Er hatte an der neun-jährigen
Tochter des Arbeiters Kamm in Giebichenstein unzüchtige
Handlungen vorgenommen. Das Kind kam mit seinem Onkel,
einem Landwirt B. in das Restaurant Zur Stadt Saalfeld, wo sich

auch der Polizist aufhielt. Er schickte dort das Mädchen mit den
Worten: „Du hast Dich wohl schon öfter an der Saale umher-
getrieben“ ein und nahm es dann in eine nebenan gelegene Stube,
um angeblich den „Fall“ zu untersuchen. Nach circa 10 Minuten
lamen Kind und Polizist wieder heraus und dann sagte der Beamte
zu dem Onkel des Kindes: „Also Sie sind derjenige,
welcher das Kind schon öfter gebraucht?“ Der über die bodenlose
Frechheit erstaunte Landwirt ging nach kurzem Streit nach der
Polizeiwache, um sich vor den Ausschreitungen des Beamten
schützen zu lassen. Der Polizist ging aber mit dem Kind in die
Wohnung der Eltern, ließ von dem Bruder die verschlossene Stuben-
tür öffnen und schickte dann den Bruder wieder fort, um mit dem
Mädchen allein zu sein. Als dann der Onkel von der Wache wieder-
kam, entdeckte man, wie frivol der Beamte gehandelt hatte. Er
wurde verhaftet und heute zu zwei Jahren Zuchthaus und
drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Tat wurde als ab-
schaulich bezeichnet, jedoch wurde nicht angenommen, daß der
Angeklagte dieselbe als Beamter beging. Der Freiheitsberaubung
wurde er für nichtschuldig erklärt.

Aus Konitz wird berichtet: Kaufmann Rosenthal und
Frau sind wieder unter dem Verdacht der wissenschaftlich falschen
Anschuldigung und der Verleitung zum Meineid in der Konitzer
Nordstraße verhaftet. — Zu dem Donnerstag beginnenden großen
Meineidprozeß Maslow und Genossen haben sich bereits der
Oberlandesgerichts-Präsident Braun und der neue Oberstaatsanwalt
Lang aus Marienwerder als Zuhörer angemeldet. Außerdem soll
als Vertreter des Justizministers ein Regierungskommissar den Ver-
handlungen beiwohnen. — Im Prozeß Iscaelski ist die von
der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision zurückgezogen
worden.

Der Bürgermeister Dedius, welcher gegen den Ober-
lehrer Hofrichter Schimpfsworte gebraucht hatte, weil dieser ihm
Parteilichkeit in der Winterschen Nordstraße vor-
geworfen hatte, wurde zu 150 M. Geldstrafe und Oberlehrer Hof-
richter in der Widerklage zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Vermishtes.

Wegen zahlreicher Wechsel- und Urkundensäuschungen ist
der Agent Wahl aus Göttingen am Freitag flüchtig geworden, jedoch
noch am Abend desselben Tags im Metropol-Theater zu Hannover
verhaftet worden. Durch sein verbrecherisches Treiben sind zahlreiche
Geschäftsleute um bedeutende Summen geschädigt. Wahl war als
Agent für artistische Engagements hervorragend tätig.

Der Typhus in Koblenz läßt sich immer nicht nach. Dieser
Tage sind wieder in das Garnisonlazarett vier Mann von dem
68. Infanterie-Regiment als typhusverdächtig eingebracht worden.
Die Zahl der Typhuskranken beträgt gegenwärtig 104 Mann.

Ueberschwemmung in Argentinien. Den „Times“ wird aus
Buenos Aires gemeldet, die dortige Gegend sei durch eine Ueber-
schwemmung heimgefußt worden, von welcher 500 englische Quadrat-
meilen südlich der Stadt betroffen seien. Eine große Menge von
Vieh sei in den überschwemmten Gebieten umgekommen, doch
habe die Landwirtschaft nicht in dem Maße gelitten, als man glaubte.
Inzwischen würden auf die Dauer von 3 Jahren außerordentliche
Ausgaben erforderlich sein, um die Hauptlinie im Süden wieder-
herzustellen.

Fünf Fischer ertrunken. Bei starkem Sturm kenterte gestern
morgen bei Cranx ein Fischerboot, wobei fünf Fischer ertranken.

Eisenbahn-Unfall. Ein gestern Abend von Charleroi nach
Lüttich abgegangener Personenzug entgleiste bei Jumet. Etwa
dreißig Personen erlitten Verletzungen.

Explosion auf der Weltausstellung. In der Ausstellungs-
abteilung für Gasmaschinen auf dem Marsfeld in Paris erfolgte
Montagabend eine heftige Explosion, welche 200 Meter weit zu hören
war. Ein Gasmotor war explodiert, wodurch fünf Personen ver-
wundet wurden, unter ihnen der frühere belgische Adgeordnete
de Somme.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. Oktober 1900.
Zunächst etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regen-
fällen und frischen westlichen Winden; später etwas kälter.
Berliner Wetterbureau.

Witterungsüberblick vom 23. Oktober 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. u. G.	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. u. G.
Swinemünde	766	SSW	4	Regen	6	Barannda	758	OSO	2	Zwölftig	3
Hamburg	767	SSW	3	bedeckt	6	Beiersburg	758	OSO	1	bedeckt	12
Berlin	769	SSW	3	bedeckt	6	Forst	777	9	3	bedeckt	12
Frankf./M.	773	SW	—	heiter	-0	Aberdeen	769	SSW	3	bedeckt	—
München	771	SW	—	heiter	-1	Worbis	—	—	—	—	—
Wien	772	SW	—	heiter	-2	—	—	—	—	—	—

Marktpreise von Berlin am 22. Oktober 1900

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen, gut D. G.	14,35	Rohweizen, neue D. G.	6, —
„ mittel	14,30	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80
„ gering	14,25	„ do. Band	1,30
*) Roggen, gut	14,35	Schweinefleisch	1,60
„ mittel	14,30	„ do.	1,80
„ gering	14,25	Rohschmalz	1,60
*) Gerste, gut	15,50	Butter	2,80
„ mittel	14,70	„ 60 Stk	4,80
„ gering	13,90	„ 1 kg	2,40
*) Hafer, gut	15,80	Korn	2,50
„ mittel	14,80	„	2,60
„ gering	13,80	„	2, —
Rübsaat	7, —	„	1,80
„	7,40	„	3, —
„	40, —	„	1,40
„	45, —	„	2,50
„	70, —	„	—

*) als Bahn.
*) frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 23. Oktober. Auf dem Getreidemarkt
entwickelte sich heute bei stillem Geschäft ungleichmäßige Haltung. Weizen
lag schwach. Die gefrige matte Haltung der Chicagoer und New Yorker
Börse infolge der weiteren erheblichen Zunahme sichbarer dortiger Weizen-
bestände sowie die glänzenden Ernteausichten in Argentinien förderten die
Realisationslust, so daß die Vorkurspreise 0,50 M. verloren. Roggen
war infolge fortwährenden Warenbezugs bei schlechtem russischen und
geringem inländischen Angebot 0,50 M. höher. Späterhin schwächte sich
Roggen mäßig, Weizen dagegen fester ab. Hafer war infolge ge-
hegelter Marktpreise um 0,50 M. besser, Rüböl auf Pariser Rückgang um
0,50 M. nachgebend.
Spiritus. 70er Locospiritus unverändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag,
Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
E. S. Friedenau. Wir wollen über die Angelegenheit berichten, wenn
Sie den Mann vor Gericht belangt haben.
R. V. 109. Zur Versicherung ist keiner von beiden verpflichtet.
Etwas Schaden hätten Sie zu tragen, beziehentlich zu ersetzen —
E. M. 12. 1. Lohnrecht ist wegen Alimente für uneheliche Kinder
nur soweit zulässig, als der notwendige Unterhalt des Schwänders und der
handeltgemäße seiner Ehefrau und seiner ehelichen Kinder dadurch nicht be-
drängt wird. Als notwendig wird in Berlin ein Betrag von 45 bis 60 M.
erachtet. Der Schwänder müßte gegen den zu Unrecht oder in unrichtiger
Höhe erlassenen Pfändungsbeschluss sofortige Beschwerde, die Ehefrau und
Kinder Klage erheben. 2. Das nützt nichts. Sie könnten lediglich auf Ihre
Gerechtigkeit bestehen. Dann fällt Ihr Erbteil den andern Erben zu —
Drangefür. 126. Gegen die bereits festgesetzte Rente können Sie der Ver-
rentungswelt nach nichts mit Erfolg unternehmen. Die Rente bleibt in
der niedrigen Höhe, auch wenn inzwischen der erwerbliche Tagelohn oder
der Durchschnitts-Verdienst ein höherer geworden ist. Die
Unfallrente stellt eben nicht den Ertrag des Schwänders, sondern
nur den Ertrag eines kleinen Teils des Schwänders dar —
D. H. 101. Der Stiefvater darf seine Stieftochter nicht
belangen, weil diese mit ihm in gerader Linie verchwägert ist. — M. B. 101.
Wenden Sie sich unblutig oder schriftlich an die Postdirektion. — M. B. 13.
1. Rein. 2. Sie müssen, um die Invalidentrente zu erhalten, 200 Mark
geliebt haben und dauernd erwerbsunfähig geworden (oder während
3 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig) sein. 3. Das Gesetz rühten
Sie an den Magistrat, Abteilung für Invaliditätsversicherung, Rosenthalstr. 41.
— M. B. 100. 1. Ein Jahr. 2. 200 Mark. 3. Sie darf weiter
leben, aber gerechnet werden nur die Markten bis zur Hochzeit. Mit der
Weiterlederei beginnt eine neue Versicherung. — M. B. 100. Der Ver-
trag müßte vor einem Notar oder auf dem Amtsgericht abgeschlossen werden

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!
Am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Kleinert, Schulstr. 29:
Volksversammlung
Tages-Ordnung:
Die bevorstehende Nachwahl und das Verhalten der bürgerlichen Parteien.
Referent: Der Kandidat des Kreises Georg Ledebour. 248/15
Der Einberufer. H. A. M. Krefel.

Centralverband der Maurer etc.
Am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 16:
Generalversammlung der Zahlstelle Berlin II
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal 1900. 2. Vortrag des Genossen Dr. Woyl über: „Die
Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes. 3. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet
Die Verbandsleitung.

**Parteigenossen,
Gewerkschaften Charlottenburgs!**
Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr,
in der Gambinus Brauerei, Wallstraße 94:
Gr. Protest-Versammlung
gegen die Einführung der Streiklausel in den Verträgen der
hiesigen Stadtverwaltung mit den Unternehmern.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Streiklausel und deren Schäden für die
Arbeiterklasse. Referent: Paul Jahn (Berlin). 2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches. 204/13
Um recht zahlreiche Beteiligung zu dieser Versammlung ersucht
Die Gewerkschaftskommission. H. A.: Otto Flemming, Schulstr. 71.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller,
Koppenstraße 29:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Kassenbericht vom dritten Quartal, Bericht des Vorstands, der Kontroll-
kommission, der Bezirksleiter und des Arbeitsvermittlers, Anträge,
Verbandsangelegenheiten. 106/12
Nur Eintritt mit Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse
für das
Bierbrauer-Gewerbe
zu Berlin.**
Am Freitag, den 2. No-
vember 1900, abends von 7 1/2
bis 10 Uhr, finden im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15 im Saal 1
die im § 49 des Kassensatzes vorge-
schriebenen
Delegierten-Wahlen
für die Jahre 1901/1902 statt.
Von 7 1/2 bis 8 Uhr wählen die
Arbeitgeber
134 Vertreter.
Von 8 bis 10 Uhr wählen die
Arbeitnehmer
269 Vertreter.
Für die Arbeitnehmer dient das
Mitgliedsbuch als Legitimation.
Um recht zahlreiches und pünktliches
Erscheinen ersucht. 1273/11
Der Vorstand.
Otto Wolf, Vorsitzender.
Saal mit Theaterbühne, Vereins-
zimmer, auch zur Zahlstelle, empfiehlt
Langhans, Lichtendbergstraße 21. 7*

Volks-Versammlung
am Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr,
im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Vertrauensperson und Renowahl derselben.
2. Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz.
3. Bericht über den Internationalen Kongress in Paris. Referentinnen
Gen. Ihrer und Zetkin.
Zahlreichen Besuch dieser wichtigen Versammlung erwartet
1/12 Die Vertrauensperson der Frauen.

Achtung! Ballschmieders Achtung!
Kastanienwäldchen, Badstr. 16.
Sonabend, den 27. Oktober 1900:
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert
zur Feier des 8. Stiftungsfestes
des
Gesangvereins „Nordwacht“ (H. A. A.-S.-B.)
Nach dem Konzert: Großer Ball.
Anfang 8 Uhr. Bilet 30 Pf.
Großes Lager
Gebogene
Möbel und Polsterwaren.
Arbeit, äußerst billige
Preise, empfiehlt
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Nach Teilzahlung! 6*

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen.
Filiale Berlin.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der
Berliner Neffour, Kommandantenstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines zweiten Bureaubeamten. 2. Vortrag des Herrn
Dr. Holmann über § 153 der Gewerbe-Ordnung und die Streikbrecher.
3. Verschiedenes. 162/14
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Die Ortsverwaltung.
**Socialdemokratischer Wahlverein
für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**
Am Sonnabend, den 27. Oktober,
im Saal der „Gambinus-Brauerei“, Wallstr. 94:
XI. Stiftungs-Fest
unter Mitwirkung des Berliner Original-Volkshumoristen
Herrn Lewandowsky, sowie der Gesangs- und Spiel-
Duettisten **Geschw. Grossell.**
FESTREDE,
gehalten vom Stadtverordneten Genossen **Curt Baake.**
Entree 30 Pf. inkl. Tanz. Anfang 8 1/2 Uhr.
Eintrittskarten sind in den Zahlstellen, sowie bei den
bekanntesten Parteigenossen zu haben. Der Vorstand.
250/15*

Achtung! Moabit!
Wichtig für jede Familie!
Grosser öffentl. Vortrag
für Damen und Herren
in Ahrens Brauerei (gr. Saal), Thurnstr. 26, Ecke Stromstr.
Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, spricht
Frl. M. Kube, Naturheilkundige
über:
**Wann und wo ist Lungen- und Bronchitis
heilbar?**
Das Wesen der Schwindsucht, Lungenbluten, Asthma,
Emphysem, Entstehung und naturgemäße Heilung.
Um zahlreiches Besuch wird gebeten. Entree 15 Pf. 166/5

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Mittwoch, den 24. Oktober.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das goldene Stiefel. Medea. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Stoll). Die Fiebermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Johannisfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Winterreise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Lindine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust. (1. Teil.) Anfang 8 Uhr.
Secessionstheater. Der Thor und der Tod. Oedipus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisen. Alexandra. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Ziegenbock. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Beck. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Welle-Milane. Die schöne Wittibauerin von Tegernsee. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von King-ling-ling. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der alte Muckebold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.
Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Faust.
 Von Goethe. Der Tragödie I. Teil. 2. Abend.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die goldne Eva.
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Zwei erste Male:
Faust.
 II. Teil. 1. Abend.

Palast-Theater
 früher Fein-Palast, Burgstr. 22.
Sensations-Oktober-Progr.
 Noch nie dagewesener Erfolg!
 8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr.
Der olle Muckebold.
 Emanuel Wud, Rentier.
 Direktor **Richard Winkler.**
Durchweg lauter Schlager!
 Amida Koncowler, Chansonetten-Diva
 Mr. Richard, großartige Pyramide auf 3 Plätzen.
 Außerdem: 12 Attraktions-Nummern.
 Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.
 Entree: 50 Pf.

Carl Weiss-Theater
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Täglich:
Müller und Schulze
 auf der Pariser Weltausstellung.
 Ausstattungspoffe mit Gesang in 5 Bildern von C. Weiss u. A. Dill.
 Anfang 8 Uhr.
 Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.
 Dieselbe Vorstellung. Vorher humorist. Prolog: Die gute Centur. Versucht und gesprochen von C. Weiss.
 Sonnabendnachmittag 4 Uhr:
 Kinder-Vorstellung.
 Rüberzahl und die geraubte Prinzessin.

URANIA * * *
 Taubenstr. 48/49.
 Im Theater
 abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.
 Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
 Die neuen lebenden Photographien.
 Graf Walderssee.
 Kampf mit chinesischen Boxern.
Konzert
 der russischen Nationalkapelle aus Kiew.
 Kapellmeister Somaschko.
 Illusionen - Kasperl-Theater - Irrgarten - Schreckenskammer.

Apollo-Theater.
 Durchschlagender Erfolg der Novität:
Fräulein Loreley.
 Ferner:
Riccardo und Benedetto.
 Trio Rosa. Erna Berthold.
Adele Moraw.
 Mms. Hilaris. Der Kosmograph.
 Kassenöffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch
 Mittwoch, den 24. Oktober cr.:
 abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
 Beginn der Pantomime 10 Uhr.

Berliner Landpartien
 Mit über 100 Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: Die Kosten-Gla und Bruder Mierede vom Seminar.

Professor M. Herrmann.
 Gerichtlicher Sachverständiger und Entlarver des berühmten amerikanischen Mediums Dr. S. I. a. d. e., Vorführung seiner Demonstrationen als:

Befflung u. räthelhafte Entfesselung eines Sträflings
 Es werden drei Herrmann'sche Zuchthausfesseln, die vom Publikum vorher und nachher aufs genaueste untersucht werden, um beide Hände und Füße gefesselt u. verschlossen. Die Schlüssel werden vom Publikum zurückgehalten. In einem überraschend kurzen Zeitraum ist Herr S. in räthelhafter Weise entfesselt und die Fesseln sind nach wie vor verschlossen. Ferner:
Die Klucht aus dem Meißelofen mitten in der Waage!
 Nachdem ein Herr in einem großen Saal, durch Herrn aus dem Publikum versiegelt und in dem Koffer eingeschlossen, die Schlüssel dem Publikum übergeben und der Koffer nach Belieben kreuzweise verpackt wurde, wird der Herr in ganz kurzer Zeit aus dem Koffer in unerklärlicher Weise entspringen.

Erstes Debut der Radfahrer Ariel und Loubé als Acrobates Excentriques Cyclistes!
 Außerdem: Gala-Programm.

Central-Theater
 Anfang 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten von G. Jones.
 Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen:
Die Puppe.
Thalia-Theater
 Dresdenstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Der Liebes Schlüssel.
 Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz.
 Hauptdarsteller: Thomas, Thiescher, Helmerding, Junfermann, Paulmüller und die Damen Milton, Schäfer, Wanosius, Junfer-Schag, Wehling.

W. Noacks Theater.
 Brannenstraße 16.
 Heute, Mittwoch, den 24. Oktober:
Die Waise aus Lowood.
 Schauspiel in 4 Aufzügen von Charlotte Brontë.
 Donnerstag: **Dummkopfe.**

Metropol-Theater.
 Der größte Operetten-Grfolg dieser Saison.
Eduard Steinberger a. G.
Der Mandarin von Tsing-ling-ting
 sowie das neue phänomenale **Oktober-Special-Prögr.**
Jane Pierny.
Bonhair-Truppe.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Cirkus Schumann.
 Heute, Mittwoch, den 24. Oktober, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Auftreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten. U. a.: Neu! Die reizende **Miss Mabel O'Brien.** Neu! Die weltberühmte Familie James Powell. Neu! Miss Victoria. Neu! La belle Lopezina etc.
 Nur noch kurze Zeit! Auftreten der königl. kaiserlichen Hofkünstler-Truppe
Les 9 Colibris.
 Die fliehenden Menschen der Welt. Zum Schluss zum 33. Male: Das größte Wagnen u. Wasser-Schauspiel der Gegenwart!

CHINA.
 Die Unken in Kaufschon. Der Aufstand der Boxer. - Krieg. Die Verbündeten vor Taku-Peking. Der große deutsche Kreuzer mit chinesischem Kreuzer im Gefecht.

Reichshallen.
 Täglich: **Stettiner Sänger.**
 Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!) Excellenz kommt!
 Anfang 8 Uhr.
 Vorher: Konzert.
 Künstliche Zähne 1.50, prima Material. Schmerzlos Zahnziehen. Geinemann, Wallradenstr. 59, zwischen Köpenick und Friedenstraße.

'Arcadia'
 Vornehmstes Vergnügungs-Etablissement der Residenz
W., Behrenstr. 55/57.
Heute: Reunion.
 Anfang 11 Uhr. Entree 5 Mk.
 Morgen nächste Reunion. Die Direktion.

Wo amüsiert man sich grossartig?
 Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Feststilen.** Ind.: Max Schindler. - Telefon: Amt IV Nr. 1132. - Heute: **Grosser Ball,** als **Specialität: Cigarren-Regen,** verbunden mit Schlangen- u. Bondon-Regen u. diversen Überraschungen. Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. (57412)*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlsruherstr.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
 Sonntags 6 Uhr. **Specialitäten. J. M. Mütt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Künstl. Zähne von 3 Mk. an, vorzüglich. Plombieren schmerzlos. Zähne reinigen. Schmerzlos Zahnziehen. Zahnweh schmerzlos beseitigt. Reparaturen sofort. **Goldstein, Oranienstr. 123.**

Glühwein-Extrakt
 anerkannt vorzüglich
 a Liter. M. 1.30. 5 Liter. M. 5.50. 10 Liter. M. 10.--
Eugen Neumann & Co. SW. 13. Belle-Allianzplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29. Oranienstr. 190. Grüner Weg 60. Elsassstr. 71. Patbaserstr. 85. Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Wilsackstr. 25. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Möbel auf Credit
 und ganze 5332L*
Wohnungs-Einrichtungen
 bei bescheidener Anzahlung und aus Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.
 Coulanteste und beste Bedienung.
 Lagerbesichtigung erbeten. - Kein Kaufzwang.
Central-Möbel-Halle Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstr.

Zähne die besten von 2 Mk. an. Reparaturen in 2 Stunden. Zahnziehen schmerzlos. Plombieren. Sprich: 8-8. Blumenstraße 25, Ecke Markstraße.
Zähne 2 Mark. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mk. Vollkomm. schmerzlos Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1 Mk. **J. Blumberg,** Chausseest. 33, a. Oranienb. Thor. Spr. 8-7, Entg. 9-1.

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Theilnahme und reichen Blumenpenden sowie den Gesang und Musik bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Formers **Karl Reuter,** sage ich allen Theilnehmern, insbesondere d. Borj. Turnverein sowie dem M. T. B. zu Bernau und den Kollegen der Fabrik von Schwarzkopff meinen innigsten Dank. Die trauernde Witwe Clara Reuter.

Sanssouci
 Kottbuserstrasse.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Son 5-7: Unterhaltungs-Musik. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach jeder Solire: **Tanzkränzen.**
 Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Sätze zu Festlich. u. Veranlassungen.

Deutsche Konzerthallen
 Spandauer Brücke.
 Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Linden-Casino
 von 3896*
Fr. Plesnack, Lindenstr. 106
 Jeden Mittwoch: **Gr. Ball.**

Allen Müttern
 zu empfehlen: **Bavrisch Malz-extrakt**, bestes u. billigstes aller diätetischen Malzbiere. Nährstoffreiches Stärkungsmittel für Blutarmer, Schwächliche, Kranke und Kinder. Vielfach ärztlich empfohlen. 20 Flaschen frei Haus für 3 Mk. oder frei Bahnhofs Berlin.
Brauerei Bavaria, Berlin No., Wassmannstrasse 28.
 Telefon Amt VII, 3700. *
Kein Flaschenpfand.

Keinen Bruch mehr!
2000 Mark Belohnung
 demjenigen, der beim Gebrauch meines **Bruchbands ohne Feder** nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man halte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und franko durch das Pharmaceutische Bureau, Valtensburg (S.) Holand. Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382*

Teilzahlung
 monatl. 10 Mk., liefert elegante Herren-Wardrobe nach Maß, auch bar Kaffe zu billigen Preisen. J. Tomporowski, Schneidemeister, Reanderstraße 16. Fertige Wardrobe, vom Maßschneider gearbeitet, stets vorräthig. (56302)*

Steppdecken
 billigst in Fabrik Oranien-158. Katalog **Emil Lefevre,** Berlin, franco. S. *

Fr. Hahn
Landsbergerstr. 62-63. BERLIN. Am Alexanderplatz.
 Seldenswaren. Kleiderstoffe. Wäsche. Teppiche. Gardinen. Tricotagen. Morgenröcke. Blusen. Steppdecken. Portieren. Ausstattungen. Schirme. Krawatten.
Neu aufgenommen: Kostüme.
Des 75jährigen Geschäfts-Jubiläums
 wegen bleiben meine gesamten Geschäftsräume am **Sonnabend, den 27. und Sonntag, den 28. Oktober** für den **Verkauf geschlossen.**
 56250*

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider u. werden unter Garantie des guten Schick zu überaus billigen Preisen schnell angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Weine mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtete
Bade-Anstalt für Dampf-, Bannen-Original-Ancippische
sowie sämtliche medizinische Bäder ist eröffnet.
F. Günzel, Brunnenstrasse 120,
vis a vis der Domminorstr.,
Lieferant für alle Krankenhäuser.
Diensttag und Freitagvormittag Dampf-Bäder für Damen.

Möbel auf Teilzahlung.
Größere Fabrik von Möbeln u. Polsterwaren hat abiges Department neu eingerichtet und garantiert dem werten Publikum constanteste Bedingungen. — Aufträge erbeten **H. 15 Postamt 2. Schöneberg.**
Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.
Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentlich. **Mk. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.**

Steppdecken
kaufen man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik **B. Strohmannel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,** wo auch alle Decken angefertigt werden. 56072*

3. Ziehung d. 4. Klasse 203. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 23. Oktober 1900, vormittags.
Aus der Gewinne über 220 Mark hat den bezeichneten Nummern in Klammern beigefügt.
(Obere Gewinne.)
4 27 149 [3000] 216 23 38 60 376 593 631 34 050 1000
43 50 74 196 304 66 496 70 501 698 77 2047 146 304 396 429
513 879 944 [3000] 126 74 249 75 439 504 [3000] 36 641 704 66 879
95 949 8311 23 51 633 752 931 6022 136 [75 000] 99
300 47 590 902 7399 400 41 770 823 [5000] 8141 [3000] 58 337
[1000] 415 332 87 [5000] 679 821 918 9109 299 [1000] 325
30 [3000] 416 629 810 964

5. Ziehung d. 4. Klasse 203. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 23. Oktober 1900, nachmittags.
Aus der Gewinne über 220 Mark hat den bezeichneten Nummern in Klammern beigefügt.
(Obere Gewinne.)
40 253 64 590 746 99 943 1319 411 657 84 93 2329
[1000] 405 20 605 730 [3000] 88 [3000] 829 [3000] 98 934 3115
568 909 4265 60 829 736 833 966 5240 96 213 675 11 323
809 942 9217 305 443 94 892 897 911 7028 46 82 154 298
391 438 [3000] 563 846 974 77 8043 [3000] 91 144 77 211 332
53 586 56 70 834 86 9022 183 445 515 752 923 70
10127 200 316 61 [3000] 581 656 80 86 86 87 97 11071
85 115 564 421 82 87 928 12048 108 36 936 67 1099 [3000]
569 706 35 800 910 13034 539 403 78 305 69 62 856 909 14
14223 201 61 312 93 443 [3000] 601 [1000] 55 991 15037 89
101 71 321 [3000] 36 66 476 784 [5000] 890 910 16209 [1000]
95 377 465 76 [3000] 95 327 3 830 65 943 17992 201 453
829 18000 494 70 539 673 833 119067 117 244 [500] 59
300 [3000] 56 93 798 [1000] 891

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 500 78 610 95 [3000]
869 999 31118 70 619 75 813 38 69 70 905 7 24 32111 [1000]
401 13 582 626 901 27 33146 244 78 [3000] 302 403 550 618 64
33 34136 29 91 287 96 415 42 641 73 867 35001 207 301
29 79 53 790 845 910 45 40 30104 20 80 578 574 92 052
79 916 [3000] 80 85 83 37177 447 73 542 787 35012 232 347 60
[3000] 61 99 504 701 92 921 33943 [3000] 71 223 59 348
89 715 943

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 500 78 610 95 [3000]
869 999 31118 70 619 75 813 38 69 70 905 7 24 32111 [1000]
401 13 582 626 901 27 33146 244 78 [3000] 302 403 550 618 64
33 34136 29 91 287 96 415 42 641 73 867 35001 207 301
29 79 53 790 845 910 45 40 30104 20 80 578 574 92 052
79 916 [3000] 80 85 83 37177 447 73 542 787 35012 232 347 60
[3000] 61 99 504 701 92 921 33943 [3000] 71 223 59 348
89 715 943

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 500 78 610 95 [3000]
869 999 31118 70 619 75 813 38 69 70 905 7 24 32111 [1000]
401 13 582 626 901 27 33146 244 78 [3000] 302 403 550 618 64
33 34136 29 91 287 96 415 42 641 73 867 35001 207 301
29 79 53 790 845 910 45 40 30104 20 80 578 574 92 052
79 916 [3000] 80 85 83 37177 447 73 542 787 35012 232 347 60
[3000] 61 99 504 701 92 921 33943 [3000] 71 223 59 348
89 715 943

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 500 78 610 95 [3000]
869 999 31118 70 619 75 813 38 69 70 905 7 24 32111 [1000]
401 13 582 626 901 27 33146 244 78 [3000] 302 403 550 618 64
33 34136 29 91 287 96 415 42 641 73 867 35001 207 301
29 79 53 790 845 910 45 40 30104 20 80 578 574 92 052
79 916 [3000] 80 85 83 37177 447 73 542 787 35012 232 347 60
[3000] 61 99 504 701 92 921 33943 [3000] 71 223 59 348
89 715 943

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 500 78 610 95 [3000]
869 999 31118 70 619 75 813 38 69 70 905 7 24 32111 [1000]
401 13 582 626 901 27 33146 244 78 [3000] 302 403 550 618 64
33 34136 29 91 287 96 415 42 641 73 867 35001 207 301
29 79 53 790 845 910 45 40 30104 20 80 578 574 92 052
79 916 [3000] 80 85 83 37177 447 73 542 787 35012 232 347 60
[3000] 61 99 504 701 92 921 33943 [3000] 71 223 59 348
89 715 943

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 500 78 610 95 [3000]
869 999 31118 70 619 75 813 38 69 70 905 7 24 32111 [1000]
401 13 582 626 901 27 33146 244 78 [3000] 302 403 550 618 64
33 34136 29 91 287 96 415 42 641 73 867 35001 207 301
29 79 53 790 845 910 45 40 30104 20 80 578 574 92 052
79 916 [3000] 80 85 83 37177 447 73 542 787 35012 232 347 60
[3000] 61 99 504 701 92 921 33943 [3000] 71 223 59 348
89 715 943

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 500 78 610 95 [3000]
869 999 31118 70 619 75 813 38 69 70 905 7 24 32111 [1000]
401 13 582 626 901 27 33146 244 78 [3000] 302 403 550 618 64
33 34136 29 91 287 96 415 42 641 73 867 35001 207 301
29 79 53 790 845 910 45 40 30104 20 80 578 574 92 052
79 916 [3000] 80 85 83 37177 447 73 542 787 35012 232 347 60
[3000] 61 99 504 701 92 921 33943 [3000] 71 223 59 348
89 715 943

10000 140 215 85 606 111 611 88 716 836 11089

111 [3000] 286 313 30 412 502 [1000] 49 81 606 [3000] 70 924
12152 404 16 72 80 419 76 618 27 743 832 13118 28 98 306
76 440 303 611 31 83 801 97 81 94 14100 284 354 67 392
673 986 15029 150 935 97 437 94 14100 284 354 67 392
14016 182 206 91 405 14 34 72 355 603 28 722 970 17054
[3000] 179 80 360 61 315 42 73 747 71 856 18097 192 373 649
788 [5000] 992 12962 458 992 [3000] 81 976
20061 170 98 898 408 587 863 15 21005 202 98 644
805 43 55 [3000] 22021 213 409 584 91 938 33 76 632 37
22342 404 7 13 507 45 [3000] 649 710 844 92 26 45 24030
33 110 62 220 303 78 96 91 411 715 [3000] 913 32 41 25121
407 37 [3000] 986 86 [3000] 26353 81 401 80 519 622 767 922
943 96 27145 [3000] 39 80 87 88 242 818 [3000] 451 514 [3000]
645 790 802 24029 455 558 77 847 76 [1000] 29055 111 262
97 [3000] 409 19 518 825
30007 49 39 [3000] 109 74 220 301 [3000] 50